A-1 Staus vermeiden, Lärm und - Schadstoffe reduzieren, Gesundheit schützen, Stadtraum besser nutzen: Verkehrswende für Rheinland-Pfalz jetzt!

Antragsteller*in:

Jutta Blatzheim-Roegler (KV Bernkastel-Wittlich), Andreas Hartenfels (KV Kusel), Dr. Bernhard Braun (KV Ludwigshafen), Katrin Eder (KV Mainz), Leo Neydeck (KV Rhein-Lahn), Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel), Tabea Rößner (KV Mainz), Jutta Paulus (KV Neustadt/Weinstraße), Carsten Jansing (KV Rhein-Lahn), Birgit Alt-Resch (KV Bernkastel-Wittlich), Daniel Köbler (KV Mainz), Pia Schellhammer (KV Mainz-Bingen), Katharina Binz (KV Mainz), Waltraud Blarr (KV Neustadt), Klaus Puchstein (KV Ahrweiler), Stefan Boxler (KV Bad Kreuznach), Ole Seidel (KV Trier), Ingrid Lambertus (KV Mainz), Brian Huck (KV Mainz), Martin Eberle (KV Rhein-Pfalz), Sara-Jane Potraffke (KV Rhein-Pfalz), Rainer Grun-Marquardt (KV Neustadt/ W.), Marcel Kühle (KV Mainz), Christoph Wagner (KV Mayen-Koblenz) , Torsten Klein (KV Westerwald)

Tagesordnungspunkt: 8. Anträge

- 1 Umdenken in der Verkehrspolitik ist unausweichlich
- 2 Der Diesel-Skandal hat das Ausmaß der kriminellen Energie etlicher
- 3 Verantwortlicher der Autoindustrie zutage gebracht. Die unseligen Verflechtungen
- 4 zwischen Industrie, Politik und Kontrollbehörden haben zu einem Betrug
- 5 ungeheuerlichen Ausmaßes geführt. Leidtragende sind die Einwohner in den
- 6 schadstoffbelasteten Innenstädten und die Dieselauto-Käufer*innen, deren
- 7 Vertrauen in die Herstellerangaben missbraucht wurde. Der Dieselskandal hat aber
- 8 auch gezeigt, dass unser Mobilitätskonzept in der Politik und in der
- 9 Gesellschaft derzeit grundlegend in Frage gestellt werden muss. Nicht einmal
- 10 alle modernen EURO 6-Diesel halten die Stickoxid-Grenzwerte im Fahrbetrieb ein.
- 11 Aufgrund möglicher Gerichtsurteile nach Klagen der Deutschen Umwelthilfe drohen
- 12 in manchen Städten Fahrverbote. Wir brauchen Lösungen, die sich auf einen
- 13 stärkeren und vor allem abgasfreien ÖPNV konzentrieren, die Elektromobilität in
- 14 den Fokus nehmen und den Fuß- und Radverkehr stärken
- 15 Für uns GRÜNE in Rheinland-Pfalz ist schon lange klar: Wir brauchen eine
- 16 menschen- und umweltverträgliche Verkehrspolitik, welche die klima- und
- 17 umweltschädlichen Emissionen in den Städten senkt, den Lärm reduziert, die
- 18 Gesundheit schützt und die begrenzten Mittel effizient einsetzt. Wir wollen
- 19 alltagstaugliche Wege entwickeln, um Verkehr zu vermeiden, zu verlagern oder
- 20 verträglich abzuwickeln, ohne dass Menschen weniger mobil sein sollen. Dies gilt
- 21 für die Städte gleichermaßen wie für den ländlichen Raum.
- 22 Schon viel geschafft...

23 Wir GRÜNE konnten für die Verkehrswende in Rheinland-Pfalz bereits einiges
24 erreichen:

- 25 • Den Rheinland-Pfalz-Takt konnten wir deutlich ausbauen: Mit dem
26 Ausbaukonzept 'Rheinland-Pfalz-Takt 2015 konnten eine erhebliche
27 Angebotsausweitung erreichen.
- 28 • Wir konnten den ÖPNV in der Stadt stärken. Beispiele sind die Mainzelbahn
29 und die Förderung von Wasserstoffbussen in Mainz. Im Ampel-
30 Koalitionsvertrag haben wir erwirkt, dass das Land endlich wieder in die
31 Förderung der Busbeschaffung einsteigt, vorausgesetzt, es handelt sich um
32 schadstoffarme bzw. schadstofffreie Fahrzeuge .Mit dem Modellprojekt
33 Rheinland-Pfalz Nord erstellen wir unter Hinzuziehung von neuen
34 Angebotsformen (u.a. Bürgerbussen oder Anrufsammeltaxen) ein besseres
35 ÖPNV-Angebot im ländlichen Raum.
- 36 • Dort, wo kurz- und mittelfristig keine Wiederaufnahme des Schienenverkehrs
37 möglich ist, sorgen wir mit Trassensicherungskonzepten langfristig dafür,
38 dass mögliche Bahnstrecken erhalten bleiben. Für die Reaktivierung haben
39 wir einen Haushaltstitel geschaffen, der diese Maßnahmen für nicht
40 bundeseigene Eisenbahnstrecken unterstützt. Ein gutes Beispiel sind die
41 Zellertalbahn und Wieslauterbahn, wo erfolgreich ein saisonaler Verkehr
42 für Touristen geboten wird und wir so die Option auf die Einbeziehung in
43 den Rheinland-Pfalz-Takt aufrechterhalten.
- 44 • Wir haben die finanzielle Ausstattung für den Bau von Radwegen erhöht.
45 Während im Jahr 2016 noch 8,3 Millionen Euro für Radwege verausgabt
46 wurden, stehen in den Jahren 2017 und 2018 jeweils 15 Millionen Euro zur
47 Verfügung. Weitere 5,5 Millionen Euro Landesmittel können für den Bau von
48 Radschnellverbindungen abgerufen werden.
- 49 • Wir haben in den vergangenen Jahren darauf hingewirkt, dass wir auf
50 Landesebene vorrangig in den Erhalt des Straßennetzes investiert haben,
51 anstatt in den Neubau von Straßen.
- 52 • Mit der Einrichtung der „Lotsenstelle alternative Antriebe“ bei der
53 Energieagentur Rheinland-Pfalz haben wir einen kompetenten Dienstleister
54 im Land, der Kommunen und Unternehmen bei den Förderrichtlinien für die
55 Umstellung auf alternative Antriebssysteme berät.
- 56 • Wir haben die Landesbauordnung so verändert, dass es insbesondere in den
57 Städten nun möglich ist, eigene Stellplatzsatzungen bei Neubauvorhaben zu
58 erlassen, die eine Reduzierung der Stellplätze für den Individualverkehr
59 vorsehen und gleichermaßen Stellplätze für Fahrräder vorsehen. Zudem ist
60 es den Städten durch die Novelle ermöglicht, die Mittel aus der
61 Stellplatzabläse auch für Projekte der nachhaltigen Mobilität wie den
62 Radverkehr zu verwenden, die bisher an der Finanzierung gescheitert waren.

63 ...und noch viel zu tun:

64 Die Mobilität steigt, die Herausforderungen wachsen

65 Es sind noch viele Anstrengungen nötig, um bei gleichzeitig steigender Mobilität
66 die Verkehrsbedingungen zu verbessern. In Rheinland-Pfalz pendeln täglich 1,1
67 Millionen Menschen zu ihrem Arbeitsplatz. Und mit insgesamt 75 Prozent liegt der
68 Anteil der Menschen, die den Pkw nutzen, in unserem Flächenland höher als der
69 bundesweite Anteil von 68 Prozent. Beim Einpendeln stehen die von
70 Luftschadstoffen belasteten Städte Ludwigshafen (69 Prozent) und Koblenz (66,5
71 Prozent) an der Spitze. Zudem wachsen die Städte. Dies bedeutet, dass sowohl in
72 den Städten aber auch bei den Verkehrsbeziehungen zwischen den Städten und dem
73 Umland klug investiert werden muss. Wir wollen die Kommunen bei der Erstellung
74 von Verkehrsentwicklungsplänen unterstützen.

75 Um die Klimaschutzziele aber auch die Einhaltung der Stickoxidwerte in den
76 Städten zu erreichen, ist es unabdingbar, dass die Angebote im öffentlichen
77 Verkehr und im Radverkehr so verbessert werden, dass mehr Menschen noch eher
78 umsteigen können. Angebot schafft Nachfrage!

79 Da der Pkw aber in den ländlichen Regionen noch lange nicht vollständig ersetzt
80 werden wird, muss die Attraktivität der Nutzung von emissionsfreien Autos weiter
81 gestärkt werden.

82 Fünf Punkte, für die wir GRÜNE in Rheinland-Pfalz uns einsetzen:

83 1. Stärkung des ÖPNV

- 84 • Finanzierung erhöhen: Der auf den „Diesel-Gipfeln“ aufgelegte
85 Mobilitätsfond von einer Milliarde Euro für die Luftverbesserung in den
86 Städten kann lediglich ein erster Schritt sein. Nur mit einer
87 Nahverkehrsoffensive und Bundesmitteln in Höhe von jährlich einer
88 Milliarde Euro wird es gelingen, den öffentlichen Verkehr zum
89 Leistungsträger einer ökologischen Verkehrswende zu machen. Dafür, und für
90 eine stärkere Finanzierung aus Landesmitteln setzen wir uns ein. Mit einer
91 Definition des Mindestangebots für den ÖPNV wollen wir dafür sorgen, dass
92 dem im Grundgesetz verankerten Anspruch der Daseinsvorsorge auch im
93 ländlichen Raum Rechnung getragen wird. In den Städten muss der ÖPNV in
94 der Lage sein mit den Städten zu wachsen und gleichzeitig sozial
95 verträgliche Fahrpreise bieten.
- 96 • Kommunen stärken und mehr Transparenz schaffen: Derzeit haben die
97 Landkreise nur geringe Möglichkeiten, auf das Nahverkehrsangebot Einfluss
98 zu nehmen, weil viele Zuschüsse direkt an die Unternehmen fließen. Wir
99 wollen die Verteilung von Mittelzuwendungen für den ÖPNV so regeln, dass
100 die Städte und Landkreise Linien gebündelt ausschreiben können und so
101 selbst das Angebot festlegen. Dabei sind Sozialstandards sowie Regelungen
102 zur Übernahme des Fahrpersonals festzulegen. Der Wettbewerb soll nicht auf
103 dem Rücken der Arbeitnehmer*innen ausgetragen werden
- 104 • Angebot verbessern: Wir wollen im Zuge der Novellierung des
105 Nahverkehrsgesetzes erreichen, dass zukünftig in regelmäßigen Abständen
106 ein Landesnahverkehrsplan im Dialog mit den Verbänden, Kommunen, den
107 Verkehrsunternehmen und den Bürgerinnen und Bürgern erstellt wird, um das
108 Angebot für die Fahrgäste zu verbessern.
- 109 • Ausbau der Schieneninfrastruktur: Durch zusätzliche Gleistrassen und den
110 Ausbau von Knotenpunkten durch den Bund kann die Schnelligkeit des ÖPNV

- 111 gesteigert werden. Dies gilt insbesondere für die Stadt-Umland-
112 Beziehungen, aber auch für Verbindungen über die Landesgrenzen hinaus z.B.
113 ins Rhein-Main-Gebiet. Darüber hinaus müssen die geplanten Reaktivierungen
114 im Rheinland-Pfalz-Takt umgesetzt werden.
- 115 • Attraktivität steigern: Wir setzen uns für eine bessere Taktung der
116 Verbindungen ein, eine Modernisierung des Streckennetzes sowie eine
117 Qualitätsverbesserung des Zugmaterials einschließlich der Bereitstellung
118 von freiem W-Lan.
 - 119 • Barrierefreiheit stärken: Wir wollen die Modernisierung von Bahn- und
120 Bushaltestellen ausweiten und dabei die Barrierefreiheit verbessern. Die
121 Forderung des Bundes, alle Bahnsteige an DB-Strecken auf 76cm zu erhöhen
122 lehnen wir ab, weil dann die zahlreichen neuen Regionalbahnen mit der
123 landesweit abgestimmten Höhe von 55 cm nicht mehr barrierefrei erreichbar
124 wären.
 - 125 • Investitionsförderung: bei der Neuanschaffung von Bussen insbesondere mit
126 emissionsarmen Antrieben muss die Förderung schnellstmöglich umgesetzt
127 werden
 - 128 • Ein Ticket für ein Land: Wir wollen die Tarifstrukturen sukzessive
129 vereinheitlichen, um künftig eine Haus-zu-Haus-Tarifierung zu ermöglichen,
130 die die Nutzung aller Nahverkehrsmittel einschließt.
 - 131 • Bessere Abos und niedrigere Preise: Ein wesentlicher Faktor für die
132 Attraktivität des ÖPNV ist die Fahrpreisgestaltung. In den letzten Jahren
133 sind die Fahrpreise insbesondere in den Ballungsräumen stark angestiegen.
134 ÖPNV-Nutzung muss erschwinglich bleiben und von klein auf gelernt werden.
135 Für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und alle im
136 Bundesfreiwilligendienst wollen wir mit dem „einen Euro am Tag“-Ticket
137 nach hessischem Vorbild ein günstiges und einfaches Angebot zur
138 landesweiten Nutzung des ÖPNV schaffen. Das Jobticket soll allen
139 Beschäftigten von Unternehmen und Behörden zur Verfügung stehen und
140 günstiger werden. Dazu sollen Angebote mit den Verkehrsverbänden
141 diskutiert werden. Darüber hinaus ist es notwendig, Verbände und Kommunen
142 bei der Einführung eines Sozialticket für Menschen mit geringem Einkommen
143 und für Flüchtlinge zu unterstützen.
 - 144 • Elektrifizierung von Bahnstrecken: Bahnfahren ist umweltfreundlich und
145 stellt insbesondere mit den modernen Nahverkehrszügen ein lärmarmes
146 Mobilitätsangebot dar. Anstelle einer klassischen Elektrifizierung können
147 im Nahverkehr mit technologieoffenen Ausschreibungen von Zugkilometern auf
148 nicht elektrifizierten Strecken, bei der mittelfristig Diesel- oder andere
149 Verbrennungsmotoren ausgeschlossen werden, die weitgehende
150 Emissionsfreiheit auf der Schiene erreicht werden. Wir setzen uns dafür
151 ein, dass Durchgangsstrecken wie die Verbindung Neustadt/W – Karlsruhe
152 schnellstmöglich durchgehend zweigleisig ausgebaut und elektrifiziert
153 werden, um vor allem den schnellen Nahverkehr ausbauen zu können. Auch eng

154 mit Hauptstrecken verknüpfte Regionalbahnlinien wie die Ahrtalbahn sollten
155 auf ihre Eignung zur Elektrifizierung untersucht werden.

- 156 • Alternativstrecke für das Mittelrheintal: hier muss die Landesregierung
157 weiter hartnäckig bleiben und beim Bund die schnellstmögliche Erstellung
158 einer Machbarkeitsstudie fordern, da dies bisher nicht im Vordringlichen
159 Bedarf des BVWP berücksichtigt wurde.

160 2. Stärkung des Radverkehrs:

- 161 • Radschnellwege ausbauen: Neue E-Bikes und Pedelecs schaffen neue
162 Perspektiven für die Fahrradmobilität. Auf Bundesebene setzen wir uns
163 deshalb für eine Investitionsoffensive für den Radverkehr ein, die
164 insbesondere die Mittelzuweisung für Radschnellwege in den Blick nimmt.
165 Die Kriterien für Radschnellwege in Flächenländern wie Rheinland-Pfalz
166 müssen dabei überarbeitet werden.
- 167 • Sichere Radrouten in den Städten: Wir wollen nicht nur Radschnellwege
168 unterstützen sondern auch eine sichere Alltagsmobilität mit dem Rad
169 ermöglichen. Dies bieten insbesondere Radrouten im bestehenden städtischen
170 Straßennetz. Mit der Ausweisung von Fahrradstraßen sowie Investitionen in
171 Ampeln, Markierungen usw. werden Radfahrer*innen sicher durch die Städte
172 gelenkt.
- 173 • Radverkehrsplan erstellen: Wir setzen uns dafür ein, dass ein
174 Radverkehrsplan erstellt wird, der die Potentiale für den Radverkehr
175 ermittelt sowie Konzepte für die Umsetzung von Maßnahmen beinhaltet.
- 176 • Kommunikation verbessern: Insbesondere bei der Verbesserung des
177 Alltagsradverkehrs in den Städten mangelt es an Koordination und
178 Umsetzung. Wir machen uns dafür stark, die Kommunikation zwischen den
179 einzelnen Akteuren (Kommunen, Land, Verbände, Vereine usw.) zu verbessern,
180 um die Aufgaben auf den jeweiligen Ebenen besser bewältigen zu können.
181 Darüber hinaus ist die Koordination mit den Nachbar-Bundesländern
182 unabdingbar, um bspw. in der Metropol-Region Rhein-Neckar ein
183 koordiniertes Angebot zu schaffen.

184 3. Stärkung der Infrastruktur für die Elektromobilität

- 185 • Flächendeckende Versorgung: Wir wollen einen zügigen und zielstrebigem
186 Ausbau der Ladeinfrastruktur, so dass im rheinland-pfälzischen Straßennetz
187 im Umkreis von maximal 10 Kilometern (= maximal alle 20 Kilometer)
188 ausreichend öffentlich zugängliche Ladesäulen vorhanden sind. Dabei müssen
189 an Autobahnen und Fernstraßen ausschließlich Schnellladesäulen installiert
190 werden. Alle P&R-Plätze werden wir mittelfristig mit Lademöglichkeiten
191 ausstatten.
- 192 • Laden an Anwohnerparkplätzen: Aktuelle Studien belegen, dass bis zu 90
193 Prozent aller Ladevorgänge im privaten Bereich im Wohnumfeld oder am
194 Arbeitsplatz stattfinden. Gerade in den Städten haben viele Menschen aber
195 nicht die Möglichkeit, ein Elektroauto in der eigenen Garage zu laden. Wir
196 wollen daher Pilotprojekte starten, die Städte dabei unterstützen, an
197 Straßenlaternen kleine Ladestationen anzubringen, um Mieter*innen in

198 Städten das Laden ihres Elektroautos zu ermöglichen. In Berlin oder
199 München wurde diese Möglichkeit bereits erfolgreich getestet. Wo dies
200 technisch nicht möglich ist, soll die unbürokratische Installation von
201 Ladeinfrastruktur gefördert werden.

202 • Laden am Arbeitsplatz: Viele Betriebe haben Parkplätze für
203 Mitarbeiter*innen. Wir wollen insbesondere kleine und mittlere Betriebe
204 dabei unterstützen, ihren Angestellten Lademöglichkeiten zur Verfügung zu
205 stellen. Ein gutes Beratungsangebot soll den Betrieben helfen, die
206 vorhandenen Fördermöglichkeiten zu nutzen.

207 • Wohnungseigentums- und Mietrecht: Wir setzen uns auf Bundesebene für eine
208 klare Regelung ein, unter welchen Voraussetzungen Mieter*innen und
209 Wohnungseigentümer*innen einen Anspruch auf die Installation einer
210 Lademöglichkeit haben.

211 4. Bessere Verknüpfung der einzelnen Verkehrsmittel

212 Für einen neuen Mobilitätsansatz ist die bessere Verknüpfung (Intermodalität)
213 der Verkehrsträger unerlässlich, beispielsweise die verkehrsträgerübergreifende
214 Nutzung von Fahrrädern oder E-Bikes, Bus- und Bahn oder auch Carsharingsystemen.
215 Dafür ist es unerlässlich, die Digitalisierung in diesem Bereich voranzutreiben.
216 Denn nur mit digitalen Lösungen, in denen Wegeführung, Verkehrsmittelwahl,
217 Ticketkauf usw. ermöglicht werden, machen intermodales Verhalten attraktiv.
218 Grünes Ziel ist, den Anteil des [Umweltverbundes](#), also des nicht motorisierten
219 und des öffentlichen Verkehrs, am Modal Split zu erhöhen. Darüber hinaus sehen
220 wir auch in einem bedarfsorientierten Carsharing-Angebot oder einem Modell des
221 „Nachbarschaftsautos“ Maßnahmen, um den Anteil des motorisierten
222 Individualverkehrs (MIV) am Gesamtverkehr zu reduzieren. Weiterhin werden wir an
223 den Umsteigepunkten verstärkt die sicheren Unterstell- und Lademöglichkeiten für
224 Fahrräder und Pedelecs fördern.

225 5. Fahrverbote vermeiden – Städte bei der Luftreinhaltung unterstützen

226 Wir setzen uns dafür ein, dass zunächst alle möglichen Instrumente genutzt
227 werden, um die rechtlich vorgeschriebenen Grenzwerte bei den Stickoxiden und
228 Feinstäuben für Pkw einzuhalten und die Gesundheit der Einwohner*innen zu
229 schützen. Die Verantwortung der Automobilhersteller steht dabei an erster
230 Stelle. Aber auch der Bund ist in der Pflicht, mögliche Abgasstrang-
231 Nachrüstungen, die den Stickoxidausstoß verringern, im Kraftfahrtbundesamt
232 schnellstmöglich zu prüfen und zuzulassen. Sollten alle ergriffenen Maßnahmen
233 dennoch nicht zu einer Einhaltung der Grenzwerte führen, braucht es eine
234 bundeseinheitliche Regelung, zum Beispiel in Form einer „Blauen Plakette“ für
235 Benzin- und Diesel-PKW, die die Grenzwerte einhalten. Nur so haben die
236 betroffenen Städte im Falle gerichtlich verhängter Fahrverbote eine
237 Handlungsgrundlage. Denn ohne Differenzierungsmöglichkeit droht ein Fahrverbot
238 für ausnahmslos alle Dieselfahrzeuge. In der Regelung sollte festgelegt werden,
239 wie eine entsprechende Zone gestaltet wird, wie die Kontrolle erfolgt und welche
240 Ausnahmen und ggf. Härtefalltatbestände es geben darf. Die Städte dürfen hier
241 nicht alleine gelassen werden, es wäre unsinnig, wenn es zu unterschiedlichen
242 Regelungen in unterschiedlichen Städten käme.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

A-2 BAföG-Höchstsatz für Kurzzeitpraktikant*innen

Antragsteller*in: Benjamin Buddendiek (KV Koblenz), Carl-Bernhard von Heusinger (KV Koblenz), Laura Schulz (KV Mainz-Bingen), Milan Sühnhold (KV Altenkirchen), Alexander Kouril (KV Westerwald), Martin Schmidt (KV Koblenz), Johanna Ritter (KV Rhein-Pfalz), Felix Schmidt (KV Zweibrücken), Nicklas Pfeiffer (KV Landau), Christian Bayerlein (KV Koblenz), Haureh Hussein (KV Trier), Laura Martin-Martorell (KV Koblenz), David Tondera (KV Koblenz), Gregor Landwehr (KV Koblenz), Misbah Khan (KV Bad Dürkheim), Sven Dücker (KV Trier), Matthias Bihn (KV Worms);

Tagesordnungspunkt: 8. Anträge

- 1 Die LDV möge beschließen, dass der Landesverband seinen Praktikant*innen, die
- 2 weniger als 3 Monate angestellt sind und daher nicht den Mindestlohn erhalten
- 3 müssen, trotzdem mindestens den BAföG-Höchstsatz bezahlt. Den Praktikant*innen
- 4 darf dadurch kein finanzieller Nachteil entstehen.

Begründung

Wir setzen uns schon immer für soziale Gerechtigkeit und den Mindestlohn ein. Der DGB empfiehlt den BAföG-Höchstsatz für Praktika unter 3 Monate und ich finde daran sollten wir uns auch orientieren, damit sich auch jede*r ein Praktikum bei uns leisten kann.

A-3 Europäische Bürgerinitiative nutzen

Antragsteller*in: Klaus Puchstein (KV Ahrweiler), Torsten Klein (KV Westerwald), Christoph Scheuer (KV Ahrweiler), Dr. Natalie Wendisch (KV Ahrweiler), Tabea Rößner (KV Mainz), Corinna Ruffer (KV Trier), Daniel Köbler (KV Mainz), Wolfgang Treis (KV Mayen-Koblenz), Anne Spiegel (KV Speyer), Anna Neuhof (KV Altenkirchen), Paul Bunjes (KV Kaiserslautern), Dr. Annelie Scharfenstein (KV Westerwald), Michael Musil (KV Westerwald), Detlev Jacobs (KV Westerwald), Manuela Groß (KV Ahrweiler), Birgit Stupp (KV Ahrweiler);

Tagesordnungspunkt: 8. Anträge

1 Die EBI Europäische Bürgerinitiative (ECI European Citizens Initiative) ist ein
2 basisdemokratisches politisches Instrument, um Anliegen direkt an die
3 Europäische Kommission heranzutragen. Ist eine EBI erfolgreich, wird sie von der
4 Europäischen Kommission bearbeitet und in die Überlegungen einbezogen, einen
5 Gesetzesentwurf daraus zu initiieren, zudem kann die EBI in einer öffentlichen
6 Anhörung vor dem EU Parlament vorgestellt werden. Da EU-Recht von den
7 Mitgliedsstaaten in Landesrecht umgewandelt wird, ist mit Hilfe einer EBI
8 Einfluss auf die Bundesregierung und das Bundesparlament möglich. Bündnis 90 Die
9 Grünen müssen aus ihrem Selbstverständnis heraus dieses basisdemokratische
10 Instrument intensiv nutzen. Außerdem ist es sinnvoll, weil es die Möglichkeit
11 bietet, die Bundesregierung durch die Legislative und die Kommission in den
12 Zangengriff zu nehmen.

13 Der technische Ablauf und alle relevanten Dinge, die beachtet werden müssen,
14 findet man auf der Homepage der EU. [http://ec.europa.eu/citizens-](http://ec.europa.eu/citizens-initiative/public/welcome?lg=de)
15 [initiative/public/welcome?lg=de](http://ec.europa.eu/citizens-initiative/public/welcome?lg=de)

16 Ganz wichtig ist eine intensive Vorbereitungsphase für eine EBI, damit möglichst
17 viele Menschen wissen, dass sie gestartet werden soll. Sie können dann direkt
18 nach dem Start die EBI unterzeichnen, weitere Unterschriften können danach
19 innerhalb eines Jahres gesammelt werden. 20 der gescheiterten EBI waren wegen
20 mangelnder Unterstützung nicht erfolgreich. Wir vermuten, dass wenig Marketing
21 stattgefunden hat und die Vorbereitungsphase zu kurz war. Eine sehr gute
22 Vorbereitung erkennt man daran, wenn Kommission und Bundesregierung bereits vor
23 dem Start der EBI wegen der öffentlichen Diskussion zum Thema und überwiegender
24 Zustimmung in der Bevölkerung die Inhalte der geplanten EBI umsetzt.

25 Insgesamt waren seit Einrichtung der EBI im Jahr 2012 nur 3 EBI erfolgreich.

26 Für die unten aufgeführten laufenden EBI bitten wir den LaVo, jeweils eine
27 Stellungnahme der zuständigen Grünen MDB und der Grünen MdEP anzufordern. Mit
28 diesen Stellungnahmen als Grundlage sollen Grüne in ihren KV und OV auf allen
29 Ebenen diskutieren und ggf. öffentliche Informationsveranstaltungen dazu
30 durchführen. Es soll erreicht werden, dass die EBI landesweit und bundesweit
31 öffentlich diskutiert werden. Die LAG Europa soll dieses Vorgehen in der BAG
32 Europa vorstellen und darum bitten, dass in allen Bundesländern entsprechend
33 vorgegangen wird.

34 In der folgenden Auflistung bedeutet Termin das letztmögliche Datum zur
35 Unterzeichnung.

- 36 [Europäische Bürgerinitiative: Europäisches Ausweisdokument für Freizügigkeit](#)
37 Termin 11.1.18
- 38 [Unionsbürgerschaft für die Europäerinnen und Europäer: In Vielfalt geeint trotz](#)
39 [Bodenrecht und Abstammungsrecht](#) Termin 27.3.18
- 40 [Minority SafePack - eine Million Unterschriften für die Vielfalt Europas](#) Termin
41 3.4.18
- 42 [Erhalt der Unionsbürgerschaft](#) Termin 2.5.18
- 43 [Für die Verringerung der Lohnungleichheiten und wirtschaftlichen Unterschiede,](#)
44 [die die EU auseinanderbrechen lassen!](#) Termin 22.5.18
- 45 [Stop Extremism](#) Termin 12.6.18
- 46 [STOP TTIP](#) Termin 10.7.18
- 47 Für folgende Themen schlagen wir vor, dass die Grünen selbst EBI starten:
- 48 Bezahlbarer Wohnraum für alle Menschen in Europa, Regionale elektrische
49 Großspeicher in ganz Europa, Einheitlicher Europäischer gesetzlicher Feiertag,
50 Naturschutznetz in Europa – Geschützte Naturraumverbindungen zwischen
51 Schutzgebieten, Rentenbeitragsfortzahlungen für Eltern während Erziehungszeiten
52 in ganz Europa, Verpackungen reduzieren – Plastik vermeiden, Präventive
53 Gesundheitsvorsorge kostenfrei, Atomkraftwerksbetreiber verpflichten die
54 Schadenshöhe bei einem GAU vollständig zu versichern, Jedem Schwein ein Minimum
55 von 2,3 qm im Stall und Auslauf zwingend zu Verfügung stellen

Begründung

Die EBI steht als Plebiszit an die Europäische Kommission zur Verfügung. Als ursprünglich basisdemokratische Partei betrachten wir es als Verpflichtung, dass wir dieses Instrument beachten und nutzen.

A-4 Verkehrswende in Rheinland-Pfalz jetzt! - Moselaufstieg verhindern.

Gremium: Kreisverband Trier
Beschlussdatum: 04.10.2017
Tagesordnungspunkt: 8. Anträge

- 1 Den Moselaufstieg verhindern!
- 2 Gegen Landschaftszerstörung und Flächenfraß
- 3 Für ein integriertes umweltfreundliches Verkehrskonzept in der Region
- 4 Bundesverkehrswegeplan, die Wunderlampe
- 5 Mit dem Bundesverkehrswegeplan 2030, vorgelegt vom Bundeskabinett im August
- 6 2016, wurde der Moselaufstieg erneut in den vordringlichen Bedarf aufgenommen.
- 7 Dieser Überraschungscoup gelang dem ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten
- 8 Bernhard Kaster, in engem Schulterschluss mit CSU-Bundesverkehrsminister
- 9 Alexander Dobrindt.
- 10 Anders als gemauschelt nicht zu erklären.
- 11 Grundlage für die Auflistung im Bundesverkehrswegeplan ist offenbar die falsche
- 12 Behauptung und Einstufung des Moselaufstiegs als planfestgestellt, obwohl das
- 13 Oberlandesgericht Koblenz den Planfeststellungsbeschluss bereits 2005 für
- 14 rechtswidrig erklärt hatte.
- 15 Ebenso wenig ist nachvollziehbar, wie der Moselaufstieg von einer ihn
- 16 zurückweisenden Kosten-Nutzen-Bewertung von 1,3 (BVWP 2003) ohne geänderte
- 17 Rahmenbedingungen um das 10fache hochgestuft werden konnte (10,8 BVWP 2016).
- 18 Die Ankündigung von Landesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) den Baubeginn
- 19 für den Moselaufstieg noch bis 2020 zu bewerkstelligen, ist vor diesem
- 20 Hintergrund ein Affront gegen alle Triererinnen und Trierer.
- 21 Wieder sollen Hunderte von Millionen in eine natur- und klimazerstörende
- 22 Infrastruktur gesteckt werden, die nachgewiesenermaßen keinen
- 23 verkehrsentlastenden Effekt haben wird.
- 24 Die Landesdelegiertenversammlung hält daher an ihrer schon zuvor vorgebrachten
- 25 Forderung an Land und Bund fest:
- 26 • Die in der Region geplanten Infrastrukturvorhaben werden unter
- 27 Einbeziehung der Potentiale eines Ausbaus des ÖPNV/SPNV zur Entlastung der
- 28 Straßeninfrastruktur bewertet. Auf dieser Grundlage wird gemeinsam mit der
- 29 Stadt Trier und der Region Trier/Luxemburg ein nachhaltiges
- 30 Verkehrskonzept im Sinne einer alle Verkehrsträger übergreifenden

- 31 Gesamtkonzeption zur Verbesserung der Verkehrssituation entwickelt. Den
32 Bau des Moselaufstiegs und der Meulenwaldautobahn lehnen wir ab.
- 33 • Die Projekte Moselaufstieg und Meulenwaldautobahn sollen aus der
34 überregionalen Planung im LEP IV gestrichen werden.
 - 35 • Für uns vor Ort bedeutet dies auch, dass der Verankerung der
36 Verkehrsprojekte Moselaufstieg und Meulenwaldautobahn in
37 Flächennutzungsplänen nicht zugestimmt werden kann.

Begründung

Moselaufstieg und Meulenwaldautobahn

Man kann es gleich zu Beginn und laut sagen: Die Projekte Moselaufstieg und Meulenwaldautobahn spielen im bundesweiten Vergleich ihrer verkehrswirtschaftlichen Bedeutung eine absolut untergeordnete Rolle.

Klar: Es gibt eine fehlgeleitete Infrastrukturpolitik vergangener Jahrzehnte, für die intelligenter Städtebau und umweltschonende Mobilität ein Fremdwort waren. Aus der Bundesperspektive muten die weitgehend hausgemachten Probleme der Trierer Immobilität eher rührend an; sie sollten daher auch durch ein neues Denken und neue Konzepte auf regionaler und Landesebene mit Unterstützung des Bundes gelöst werden.

Es folgt der Versuch, in die Geschichte der beiden Mythen Moselaufstieg und Meulenwaldautobahn, die später verniedlichend „West- und Nordumfahrung Trier“ getauft wurden, einen roten Faden zu bringen.

Moselaufstieg und Meulenwaldautobahn: Mythen der Vergangenheit

In den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts war trotz Ölkrise weiterhin die Vorstellung dominant, durch Fernstraßenbau seien nicht nur grenzenlose Mobilität, sondern auch wirtschaftlicher Aufschwung und neue Arbeitsplätze zu sichern. Diese Haltung war personifiziert im rheinland-pfälzischen Wirtschafts- und Verkehrsminister Heinrich Holkenbrink (CDU, 1971-1985), unter dessen Ägide die linksrheinische Autobahn A 61, aber auch die Komplettierung der A 48 Koblenz-Trier Realität wurden.

Übersetzt auf die B 51 hieß dies: Für Trier sollte eine großräumige, weitgehend vierspurige westliche Umfahrung von Saarburg über Konz nach Helenenberg mit Weiterführung nach Bitburg realisiert werden, der überregionale Bedeutung zukomme. 1980 wurde für den Abschnitt Konz-Helenenberg das raumplanerische Verfahren eröffnet; wegen der Umweltverträglichkeitsprüfung und kritischen Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange wurde das Projekt eingemottet.

Für die „abgespeckte“ Version wurde das raumplanerische Verfahren 1985 aufgenommen.

Dieses Mal blieb dieses Verfahren seitens der Bürgerinnen und Bürger in der Region jedoch nicht unbemerkt. Insbesondere in der Gemeinde Igel sammelten sich die Bürger und gründeten die Bürgerinitiative „Besorgte Bürger aus Igel und Liersberg“. Ihr Hauptargument: Die geplante B51 als überregionale Fernverkehrsverbindung in Nord-Süd-Richtung werde den belastenden regionalen Verkehr in Ost-West-Richtung (sprich: Tanktourismus und Co.) nicht vermindern. Auch der Verkehrsclub VCD und der BUND sprangen den Igelern zur Seite: Neben dem zusätzlich ausgelösten Verkehr bringe der „Igelanstieg“ (wie er damals schelmisch genannt wurde) eine massive Beeinträchtigung der Luftqualität im Trierer Talkessel mit sich; er gefährde das Naturschutzgebiet der Kiesgruben „Dennersacht“ und bedeute das Aus für mehrere Hektar Wald und Streuobstwiesen.

Die Bürgerinitiative nahmen – mit Unterstützung der Grünen – 1989 erfolgreich an der Kommunalwahl teil und vertraten nun auch in der Kommunalpolitik ihre Standpunkte. In Beschlüssen von 1992, 1993 und 1994 lehnten sie die vorgelegten Varianten für die B51neu ab, allerdings mit dem einschränkenden Nebensatz: solange es keine Ortsumgehung der B 49 für Igel gibt. Zum Ende des Raumordnungsverfahrens erreicht die Bürgerbewegung ihren Höhepunkt. Es werden mehrere Tausend Eingaben eingereicht, und am 20.11.1994 nehmen 2.000 bis 3.000 Menschen zwischen Igel und Zewen an einer Demonstration gegen den Moselaufstieg teil. Im Trierer Stadtrat gibt es am 12.01.1995 indessen eine kuriose Abstimmung mit einer Stimme Mehrheit für den Moselaufstieg. Dieter Lintz kommentierte hierzu in einer Rückschau im Trierischen Volksfreund : „Sie (die Mehrheit) kam von einem durch übermäßigen Alkoholgenuss sichtlich nicht mehr seiner Sinne mächtigen Ratsmitglied, das ursprünglich angekündigt hatte, gegen den Aufstieg zu stimmen, dann aber von seiner Fraktion coram publico „eingenordet“ wurde.“

Noch im Februar des gleichen Jahres 1995 verkündete die Landesregierung, dass das Raumordnungsverfahren abgeschlossen wurde.

Nach unserer Ansicht wurden alle grundsätzlichen Einwände gegen den Moselaufstieg einfach vom Tisch gewischt. Die sogenannte Null-Variante, also der Verzicht auf den Autobahnzubringer etwa zugunsten einer Stärkung der Bahn, hat keine Berücksichtigung gefunden.

Justiz und Grüne stoppen den Moselaufstieg

Eine Wende in der Beurteilung des Projekts Moselaufstieg trat 1998 mit Regierungsübernahme durch Rot-Grün in Berlin ein. Zwar konnte der rheinland-pfälzische Landesbetrieb Straßen und Verkehr im März 2003 noch das Planfeststellungsverfahren für den Moselaufstieg beantragen und der Trierer Stadtrat im Juli 2003 eine weitere Resolution für den Autobahnzubringer beschließen.

Doch damit war nicht zu verhindern, dass das Projekt wegen seiner schlechten Nutzen-Kosten-Relation vom „vordringlichen“ in den „weiteren Bedarf“ des Bundesverkehrswegeplans und des Bedarfsplans für Bundesfernstraßen herabgestuft wurde.

Eine weitere schwere Niederlage mussten die Planungsbehörden im Mai 2005 einstecken. Der von ihnen im Vorjahr herausgegebene Planfeststellungsbeschluss wurde vom Obergericht Koblenz als rechtswidrig kassiert.

Was folgte, war ein kollektiver Aufschrei, der vom Trierer Bundestagsabgeordneten Bernhard Kaster (CDU) über den Noch-Landesverkehrsminister Hans-Artur Bauckhage (FDP) bis hin zum neuen Landesverkehrsminister Hendrik Hering (SPD) reichte.

Motto: Die Grünen haben die Herabstufung des Moselaufstiegs betrieben, und damit wurde ein für die Region lebenswichtiges Infrastrukturprojekt verhindert. Die SPD-Alleinregierung in Mainz (2006-2011) kündigte denn auch an, in den Beratungen zum neuen Bedarfsplan für Bundesfernstraßen die Höherstufung der „Westumfahrung Trier“ in den „vordringlichen Bedarf“ vorzuschlagen.

Varianten, Analysen, Chancen

Neuen Auftrieb bekam die Diskussion um das Projekt auch durch den von der Stadt Trier im Januar 2007 eingebrachten Vorschlag, die Trasse des Moselaufstiegs nach Trier-Euren zu verlegen – als Verlängerung der Konrad-Adenauer-Brücke. Eine in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie kam allerdings zu dem Ergebnis, dass alle geprüften Varianten mit hohen Kosten und erheblichen Umwelteingriffen verbunden wären.

Der Landkreis freute sich, denn sie hielten wegen der besseren Verkehrsanbindung des Saarburger und Konzer Raums die Variante A zwischen Igel und Zewen weiterhin für die beste. Wenn es schon bei der alten, vergeblich planfestgestellten Trasse bleiben sollte, so musste man doch im Vorfeld der Neuaufstellung des Bundesverkehrswegeplans Nachweise bringen, ob mit ihr und auch der

„nachgelagerten“ Meulenwaldautobahn tatsächlich Verkehrsentslastungseffekte zu erwarten sind. Das Land gab mit dieser Absicht über den Landesbetrieb Mobilität die Studien „Verkehrsuntersuchung Raum Trier-Luxemburg 2008“ und die „Großräumige Verkehrsuntersuchung Mosel-SaarEifel“ in Auftrag.

Bei genauerer Betrachtung der Studien wird deutlich, dass die Entlastungseffekte sehr ungleich verteilt sind und es Straßenabschnitte gibt, die gar mit Mehrbelastungen rechnen müssten (Bsp. Trier-Zewen). Die Studien lassen zudem die Frage außer Acht, mit welchen Alternativen zum Straßenneubau vergleichbare Entlastungseffekte zu erzielen wären.

Verkehrskonzept der neuen rotgrünen Landesregierung bis Ende 2012

Genau dieser letzte Aspekt wurde von den Grünen erfolgreich in den Koalitionsvertrag mit der SPD eingebracht. Dort heißt es wörtlich: Die in der Region geplanten Infrastrukturvorhaben werden unter Einbeziehung der Potentiale eines Ausbaus des ÖPNV/SPNV zur Entlastung der Straßeninfrastruktur bewertet. Auf dieser Grundlage wird gemeinsam mit der Stadt Trier und der Region Trier/Luxemburg ein nachhaltiges Verkehrskonzept im Sinne einer alle Verkehrsträger übergreifenden Gesamtkonzeption zur Verbesserung der Verkehrssituation entwickelt. Ziel ist, auf den Bau des Moselaufstiegs und der Meulenwaldautobahn zu verzichten.

Der Meulenwald – Waldgebiet des Jahres 2012

Der 9.000 Hektar große Meulenwald zwischen den Flussläufen von Kyll und Salm wurde erst jüngst vom Bund Deutscher Forstleute zum Wald des Jahres 2012 ausgerufen. Dass er Transitgebiet für Fernverkehre via Autobahn werden soll, glaubte eigentlich niemand mehr. Auf den Straßenkarten der Zeit war zwar seine gedachte Linie noch präsent, aber heftige Widerstände aus den Anliegergemeinden und andere prioritäre Straßenprojekte sorgten für sein vorläufiges Verschwinden in den Schubladen der Amtsstuben. Bei der Neuaufstellung des Bundesverkehrswegeplans 1985 fiel die Meulenwaldautobahn durch, weil sie das schlechteste Kosten-Nutzen-Verhältnis aller Autobahnprojekte in Rheinland-Pfalz aufwies. Doch 1992 wurde die Planung erneut wie Phönix aus der Asche geholt und von Landesverkehrsminister Rainer Brüderle (FDP) für den neuen Bedarfsplan für Bundesfernstraßen vorgeschlagen. Begründung: Die Anbindung der Autobahn A 48 Luxemburg – Trier - Koblenz sei unbefriedigend, und aus verkehrs- und strukturpolitischer Sicht sei der „Lückenschluss“ im Hinblick auf die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes von besonderer Bedeutung.

Umweltschädlich, teuer, unnütz

Wirklicher Erfolg blieb diesen Ambitionen nicht beschieden, da die Meulenwaldautobahn der Projektbewertung weiterhin nicht standhielt und mit dem Vermerk „Kein anerkannter Bedarf“ in die hinteren Ränge verwiesen wurde. Insbesondere machten die ökologischen Aspekte auch den Prüfern Sorge. In der Umweltrisikoeinschätzung für den Bedarfsplan heißt es unter anderem: „Fast im gesamten Korridor hoch empfindliche Lehmböden“ – „Wasser in Teilen (insbesondere die Talräume) hoch empfindlich“ – „Biotope in großen Teilen hoch empfindlich“. Die Landesregierung reagierte nach dieser Niederlage mit der Prüfung von Varianten, die eure Tunnellösungen beinhalteten. Im Vorfeld der Neuaufstellung des Bedarfsplans beschwor ein CDU-Bundestagsabgeordneter im November 1997 die Gefahr, dass „ohne dieses Projekt der Kollaps der Verkehre zwischen Skandinavien und Südfrankreich jenseits der Jahrtausendwende“ stattfinde. Wie schon der Moselaufstieg, so fand auch die Meulenwaldautobahn unter der rot-grünen Bundesregierung keine Aufnahme in den „vordringlichen Bedarf“ des Bundesverkehrswegeplans 2003. Der Grund: das nicht ausgleichbare hohe ökologische Risikopotential.

Die Befürworter des Projekts – CDU, IHK, Teile der SPD – erreichten jedoch, dass Teilplanungen stattfinden durften.

D-1 Sofortiger Abzug aller Atomwaffen aus Büchel

Antragsteller*in: Karl-W. Koch (KV Vulkaneifel), Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße), Daniel Köbler (KV Mainz), Christian Sterzing (KV Südliche Weinstraße), Corinna Ruffer (KV Trier), Andreas Hartenfels (KV Kusel), Jutta Blatzheim-Roegler (KV Bernkastel-Wittlich), Ingrid Bäumler (KV Mayen-Koblenz), Elisabeth Bröskamp (KV Neuwied), Uwe Bröskamp (KV Neuwied), Dr. Natalie Wendisch, (KV Ahrweiler), Ulrich Bock (KV Mayen-Koblenz), Uller Koenig (KV Vulkaneifel), Marius Seiler (KV Südliche Weinstraße), Dietmar Johnen (KV Vulkaneifel), Werner Schreiner (KV Südliche Weinstraße), Carsten Jansing (KV Rhein-Lahn), Susanne Schröer (KV Landau), Dietmar Rieth (KV Südwestpfalz), Michael Henke (KV Bad Kreuznach), Walter Bahlinger (KV Südliche Weinstraße), Ronald Maltha (KV Südwestpfalz), Michael Jüngt (KV Vulkaneifel), Ursula Schulz, (KV Südliche Weinstraße), Stefan Thome, (KV Kaiserslautern), Nils Wiechmann (KV Koblenz), Wolfgang Conzendorf (KV Altenkirchen), Ruth Ratter, (KV Bad Dürkheim), Siegbert Hardieß (KV Westerwald), Franz Breitenbach (KV Neuwied), Ute Wellstein (KV Mainz), Thomas Petry (KV Birkenfeld), Joscha Pullich (KV Cochem-Zell), Ingrid Johnen (KV Vulkaneifel), Corinna Kastl-Breitner (KV Neustadt/W.), Leo Neydek (KV Rhein-Lahn), Wolfgang Neis (KV Vulkaneifel), Kristin Kosche (KV Rhein-Lahn), Hans-Jürgen Lutz (KV Südliche Weinstr.), Eckard Wiendl (KV Vulkaneifel), Wolfgang Frey (KV Kusel);

Tagesordnungspunkt: 9. Verschiedenes

1 Keine weitere NATO-Manöver mehr zum Atombomben-Einsatz mit
2 Bundeswehrebeteiligung.

3 In der Woche vom 16. bis 20. Oktober fanden in Büchel und Kleine Brogel in
4 Belgien Flugübungen statt, bei denen der Einsatz der jeweils vor Ort gelagerten
5 Atombomben geübt wurde. Die Grünen in Rheinland-Pfalz verlangen die umgehende
6 und dauerhafte Beendigung dieser völkerrechtswidrigen Praxis und die Aufgabe der
7 ebenfalls völkerrechtswidrigen „Nuklearen Teilhabe“ sowie den Abzug der in
8 Büchel gelagerten US-Bomben.

Begründung

Begründung der Dringlichkeit:

Das NATO-Manöver fand in der Woche vom 16. bis 20. Oktober statt und damit nach Antragschluss.

Begründung:

In Anbetracht des von Deutschland bisher boykottierten UN-Atomwaffenverbotsvertrages^[1] und des gerade an ICAN verliehenen Friedensnobelpreises bedarf es schon einer gewissen Dreistigkeit, dass sich die Bundeswehr im Rahmen der völkerrechtswidrigen „Nuklearen Teilhabe“^{[2],[3]} an dem aktuellen NATO-Manöver «Steadfast Noon» (= standhafter Mittag) beteiligt. Dabei üben regelmäßig einmal jährlich einige europäische NATO-Staaten mit den USA den Einsatz der in Europa, u.a. in Büchel stationierten Atomwaffen^[4].

An diesen Manövern beteiligen sich üblicherweise neben den Atommächten USA, Großbritannien, Frankreich und die Teilhabemächten Belgien, Deutschland und der Türkei. Aktuell sind mit Tschechien und Polen^[5] auch Staaten dabei, die sich nicht an der nuklearen Teilhabe beteiligen. In Deutschland ist der Atomwaffenstützpunkt Büchel in der Eifel Zentrum der Aktivitäten.

Durch die anstehende Modernisierung sollen aus den „einfachen“ (zum Abwurf vorgesehenen) Bomben zielgenau lenkbare Waffen werden, was ihre Wirkung (und Einsatzwahrscheinlichkeit) deutlich steigern wird. Vorgesehen ist die Stationierung der neuen Waffen zunächst bis 2035.

Aktuell sind die Waffen wohl am ehesten im Ernstfall gegen Russland gerichtet. Da eine Luftbetankung bewaffneter Tornados zu gefährlich ist, ist die Reichweite auf ca. 1.000 km Entfernung (max. 1.389 km, Luftbetankung beim Rückflug z.B. über Skandinavien) beschränkt. Damit scheidet Einsätze gegen den Iran und erst recht – wie aktuell auch spekuliert – gegen Nordkorea aus.

Ein derartiges Manöver – und die Unterstützung durch die deutsche Regierung – in der aktuellen politischen Weltlage

mit einer deutlichen Verschärfungen der Spannungen zwischen NATO und Russland, bis hin zu Überlegungen bezüglich eines Atomschlags^[6]

- der Eskalation inkl. drohender gegenseitiger Vernichtung zwischen Nordkorea und den USA und
- dem damit verbundenen Risiko einer nuklearen Aufrüstung in Ostasien sowie
- der von Trump losgetretenen Diskussion um die Kündigung des Iran-Atom-Vertrages
- ist nicht nur dumm und dreist, sie ist auch sicherheitspolitisch völlig kontraproduktiv!

Gleichzeitig ist es eine schallende Ohrfeige für die UN und alle unterstützenden Staaten in Anbetracht des gerade verabschiedeten Atomwaffenverbotsvertrages sowie für das Nobel-Komitee in Anbetracht der Preisverleihung an ICAN. Die NATO und die deutsche Regierung zündeln bewusst mit dem Feuer über dem offenen Schwarzpulverfass!

[1] <http://www.heute.de/neuer-vertrag-zu-verbot-von-atomwaffen-vor-uno-in-new-york-unterzeichnet-47985218.html>

[2] https://de.wikipedia.org/wiki/Nukleare_Teilhabe

[3] <http://www.bits.de/public/articles/nvv-05.htm>

[4] <https://www.stoerfall-atomkraft.de/site/aktualisierung-s-79f-neu-deutsche-teilhabe-an-us-atomwaffen/>

[5] <http://www.volksfreund.de/nachrichten/region/rheinlandpfalz/rheinlandpfalz/Rhein-land-Pfalz-und-Nachbarn-Nato-uebt-in-Buechel-Atombomben-Einsaetze;art806,4721809>

[6] <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/05/23/frueherer-nato-general-spricht-offen-vom-atom-krieg-mit-rusland/>

D-2 Von Paris nach Bonn: Jetzt handeln - Klimakatastrophe verhindern, Abkommen retten!

Antragsteller*in: Jutta Paulus (KV Neustadt/Weinstr.), Josef Winkler (KV Rhein-Lahn), Birgit Meyreis (KV Mayen-Koblenz), Andreas Hartenfels (KV Kusel), Ulrich Bock (KV Mayen-Koblenz), Peter Hoffmann (KV Trier), Martin Eberle (KV Rhein-Pfalz), Claudia Laux (KV Bernkastel-Wittlich), Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel), Fabian Ehmann (KV Mainz), Dietmar Johnen (KV Vulkaneifel), Lisett Stuppy (KV Donnersberg), Thomas Görgen (KV Mayen-Koblenz), Stefan Boxler (KV Bad Kreuznach), Eckard Wiendl (KV Vulkaneifel), Jutta Blatzheim-Roegler (KV Bernkastel-Wittlich), Ingrid Lambertus (KV Mainz), Georg Högner (KV Bitburg-Prüm), Pia Schellhammer (KV Mainz-Bingen), Waltraud Blarr (KV Neustadt/Weinstr.), Jörg Gräf (KV Mainz-Bingen), Lydia Enders (KV Bitburg-Prüm), Katrin Eder (KV Mainz), Ernst-Christoph Stolper (KV Neustadt/Weinstr.), Wolfgang Frey (KV Kusel), Rüdiger Quaer (KV Kusel), Gabi Quaer (KV Kusel), Marcel Kühle (KV Mainz), Jochen Marwede (KV Kaiserslautern), Bernhard Braun (KV Ludwigshafen), Wolfgang Schlagwein (KV Ahrweiler), Kurt Werner (KV Neustadt/Weinstr.), Götz von Stumpfheldt (KV Mainz), Thomas Petry (KV Birkenfeld), Corinna Kastl-Breitner (KV Neustadt/Weinstr.), Tabea Rößner (KV Mainz), Uwe Diederichs-Seidel (KV Koblenz), Klaus Puchstein (KV Ahrweiler), Christoph Fuhrbach (KV Neustadt/Weinstr.), Elias Weinacht (KV Rhein-Pfalz), Wilfried Haas (KV Mainz-Bingen), Torsten Szielasko (KV Mainz), Katharina Binz (KV Mainz), Ludger Nuphaus (KV Bad Kreuznach);

Tagesordnungspunkt: 2. Aktuelle Politische Lage

- 1 Nach vielen Jahren klimapolitischer Stagnation war es 2015 gelungen, mit
- 2 insgesamt 195 Staaten ein global verbindliches Klimaabkommen abzuschließen: Im
- 3 Vertrag von Paris wurde vereinbart, den globalen Temperaturanstieg auf unter
- 4 zwei Grad Celsius und möglichst unter 1,5 Grad Celsius im Vergleich zur
- 5 vorindustriellen Zeit zu beschränken. Die einzelnen Staaten haben sich
- 6 verpflichtet, alle fünf Jahre über ihre Klimaschutzpläne und -erfolge zu
- 7 berichten.
- 8 Derzeit tagen in Bonn auf der COP23 die Verhandler der UN-Klimarahmenkonvention.
- 9 Sie sollen ein einheitliches Regelwerk zur Bewertung und Überprüfung der von den
- 10 Vertragsstaaten zugesagten Emissionsminderungen entwerfen.
- 11 Die bis jetzt vorgelegten Selbstverpflichtungen der Staaten würden dazu führen,
- 12 dass der Anstieg der Welttemperatur um bestenfalls drei Grad Celsius begrenzt
- 13 würde. Jeder Staat und jede Region ist deshalb dazu aufgefordert, weit höhere
- 14 Anstrengungen zur Verminderung der Treibhausgas-Emissionen zu unternehmen.
- 15 Deutschlands Klimaschutzplan 2050 sieht die Reduktion der CO₂-Emissionen bis zum
- 16 Jahr 2050 um 90 Prozent vor. Die aufgelisteten Maßnahmen reichen jedoch in
- 17 keiner Weise aus, um dieses Ziel zu erreichen. Auch das 2007 gesetzte Ziel, bis
- 18 2020 40 Prozent CO₂ gegenüber dem Referenzwert von 1990 einzusparen, ist kaum
- 19 noch erreichbar. Die Große Koalition hält bislang immer noch schützend ihre Hand
- 20 über die klimaschädliche Kohle.

21 Mehr und mehr Akteure erkennen aber: es ist Zeit zu handeln. Erst diese Woche
22 haben sich die Stiftung 2 Grad und ein Bündnis aus über vierzig Unternehmen und
23 Verbänden für den Kohleausstieg ausgesprochen und dazu aufgerufen, die „Chance
24 für die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft durch eine
25 Vorreiterrolle beim Klimaschutz“ zu ergreifen.

26 Wir GRÜNE in Rheinland-Pfalz setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass:

- 27 • In der kommenden Legislaturperiode die 20 dreckigsten
28 Kohlekraftwerksblöcke vom Netz genommen werden;
- 29 • Der Ausstieg aus der Kohleenergienutzung im Einklang mit den Klimazielen
30 vollzogen wird;
- 31 • Der rasche Ausbau der Erneuerbaren Energien konsequent vorangetrieben
32 wird, um 2030 100 Prozent Ökostrom zu erreichen;
- 33 • Ein Klimaschutzgesetz auf Bundesebene verabschiedet wird, welches
34 sämtliche Sektoren zu substantiellen Treibhausgas-Einsparungen
35 verpflichtet, sodass die Klimaziele 2020, 2030 und 2050 erreicht werden
36 können;
- 37 • Die investitionsfeindlichen Beschränkungen, Umlagen und Abgaben für
38 erneuerbare Eigenstromnutzung abgeschafft werden
- 39 • Eine CO₂-Steuer eingeführt wird, die der tatsächlichen Umweltbelastung und
40 dem Ressourcenverbrauch entspricht;
- 41 • Die Verkehrswende zügig vorangetrieben wird und alle Möglichkeiten
42 ausgeschöpft werden, damit die Fahrzeuge der Zukunft – vernetzt,
43 emissionsfrei und autonom – in Deutschland entwickelt und gebaut werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Begründung der Dringlichkeit: Der Aufruf der Stiftung 2 Grad erfolgte erst nach Antragsschluss.

Unterstützende:

D-2NEU Von Paris nach Bonn: Jetzt handeln - Klimakatastrophe verhindern, Abkommen retten!

Antragsteller*in: Jutta Paulus (KV Neustadt/Weinstr.), Josef Winkler (KV Rhein-Lahn), Birgit Meyreis (KV Mayen-Koblenz), Ulrike Höfken (KV Bitburg-Prüm), Andreas Hartenfels (KV Kusel), Ulrich Bock (KV Mayen-Koblenz), Peter Hoffmann (KV Trier), Martin Eberle (KV Rhein-Pfalz), Claudia Laux (KV Bernkastel-Wittlich), Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel), Fabian Ehmann (KV Mainz), Dietmar Johnen (KV Vulkaneifel), Lisett Stuppy (KV Donnersberg), Thomas Görgen (KV Mayen-Koblenz), Stefan Boxler (KV Bad Kreuznach), Eckard Wiendl (KV Vulkaneifel), Jutta Blatzheim-Roegler (KV Bernkastel-Wittlich), Ingrid Lambertus (KV Mainz), Georg Högner (KV Bitburg-Prüm), Pia Schellhammer (KV Mainz-Bingen), Waltraud Blarr (KV Neustadt/Weinstr.), Jörg Gräf (KV Mainz-Bingen), Lydia Enders (KV Bitburg-Prüm), Katrin Eder (KV Mainz), Ernst-Christoph Stolper (KV Neustadt/Weinstr.), Wolfgang Frey (KV Kusel), Rüdiger Quaer (KV Kusel), Gabi Quaer (KV Kusel), Marcel Kühle (KV Mainz), Jochen Marwede (KV Kaiserslautern), Bernhard Braun (KV Ludwigshafen), Wolfgang Schlagwein (KV Ahrweiler), Kurt Werner (KV Neustadt/Weinstr.), Götz von Stumpfeldt (KV Mainz), Thomas Petry (KV Birkenfeld), Corinna Kastl-Breitner (KV Neustadt/Weinstr.), Tabea Rößner (KV Mainz), Uwe Diederichs-Seidel (KV Koblenz), Klaus Puchstein (KV Ahrweiler), Christoph Fuhrbach (KV Neustadt/Weinstr.), Elias Weinacht (KV Rhein-Pfalz), Wilfried Haas (KV Mainz-Bingen), Torsten Szielasko (KV Mainz), Katharina Binz (KV Mainz), Ludger Nuphaus (KV Bad Kreuznach), Jürgen Gauer;

Tagesordnungspunkt: 2. Aktuelle Politische Lage

- 1 Nach vielen Jahren klimapolitischer Stagnation war es 2015 gelungen, mit
- 2 insgesamt 195 Staaten ein global verbindliches Klimaabkommen abzuschließen: Im
- 3 Vertrag von Paris wurde vereinbart, den globalen Temperaturanstieg auf unter
- 4 zwei Grad Celsius und möglichst unter 1,5 Grad Celsius im Vergleich zur
- 5 vorindustriellen Zeit zu beschränken. Die einzelnen Staaten haben sich
- 6 verpflichtet, alle fünf Jahre über ihre Klimaschutzpläne und -erfolge zu
- 7 berichten.
- 8 Derzeit tagen in Bonn auf der COP23 die Verhandler*innen der UN-
- 9 Klimarahmenkonvention. Sie sollen ein einheitliches Regelwerk zur Bewertung und
- 10 Überprüfung der von den Vertragsstaaten zugesagten Emissionsminderungen
- 11 entwerfen.
- 12 Die bis jetzt vorgelegten Selbstverpflichtungen der Staaten würden dazu führen,
- 13 dass der Anstieg der Welttemperatur auf bestenfalls drei Grad Celsius begrenzt
- 14 würde. Jeder Staat und jede Region ist deshalb dazu aufgefordert, weit höhere
- 15 Anstrengungen zur Verminderung der Treibhausgas-Emissionen zu unternehmen.
- 16 Deutschlands Klimaschutzplan 2050 sieht die Reduktion der CO₂-Emissionen bis zum
- 17 Jahr 2050 um 90 Prozent vor. Die aufgelisteten Maßnahmen reichen jedoch in
- 18 keiner Weise aus, um dieses Ziel zu erreichen. Auch das 2007 gesetzte Ziel, bis
- 19 2020 40 Prozent CO₂ gegenüber dem Referenzwert von 1990 einzusparen, ist kaum
- 20 noch erreichbar. Die Große Koalition hält bislang immer noch schützend ihre Hand
- 21 über die klimaschädliche Kohle.

22 Mehr und mehr Akteure erkennen aber: es ist Zeit zu handeln. Erst diese Woche
23 haben sich die Stiftung 2 Grad und ein Bündnis aus über vierzig Unternehmen und
24 Verbänden für den Kohleausstieg ausgesprochen und dazu aufgerufen, die „Chance
25 für die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft durch eine
26 Vorreiterrolle beim Klimaschutz“ zu ergreifen.

27 Wir GRÜNE in Rheinland-Pfalz setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass:

- 28 • In der kommenden Legislaturperiode die 20 dreckigsten Kohlekraftwerke vom
29 Netz genommen werden;
- 30 • Der Ausstieg aus der Kohleenergienutzung im Einklang mit den Klimazielen
31 vollzogen wird;
- 32 • Der rasche Ausbau der Erneuerbaren Energien konsequent vorangetrieben
33 wird, um 2030 100 Prozent Ökostrom zu erreichen;
- 34 • Die investitionsfeindlichen Beschränkungen, Umlagen und Abgaben für
35 erneuerbare Eigenstromnutzung abgeschafft werden
- 36 • Ein Klimaschutzgesetz auf Bundesebene verabschiedet wird, welches
37 sämtliche Sektoren zu substanziellen Treibhausgas-Einsparungen
38 verpflichtet, sodass die Klimaziele 2020, 2030 und 2050 erreicht werden
39 können. Die neue Bundesregierung steht dabei in der Pflicht, das zu
40 gewährleisten;
- 41 • Eine CO₂-Steuer eingeführt wird, die der tatsächlichen Umweltbelastung und
42 dem Ressourcenverbrauch entspricht;
- 43 • Die Mobilitätswende zügig vorangetrieben wird und so den Bürger*innen und
44 Bürger Möglichkeiten geschaffen werden, auch ohne eigenes Auto mobil zu
45 sein.
- 46 • alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, damit die Fahrzeuge der Zukunft –,
47 emissionsfrei, vernetzt und autonom – in Deutschland entwickelt und gebaut
48 werden;
- 49 • Auch im Wärmesektor gesetzliche Maßnahmen und effektive Anreize auf den
50 Weg gebracht werden, um bis 2050 einen klimaneutralen Gebäudebestand zu
51 erreichen

52 Wenn im Bereich Klimaschutz nicht Ergebnisse erzielt werden, mit denen die
53 Erreichung der deutschen Klimaziele möglich ist, erwarten wir, dass die
54 Sondierungsgruppe der BDK empfiehlt, keine Koalitionsverhandlungen aufzunehmen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Begründung der Dringlichkeit: Der Aufruf der Stiftung 2 Grad erfolgte erst nach Antragsschluss.

E-1 Gutes Essen in Kitas und Schulen in unseren Kommunen

Antragsteller*in: Landesvorstand, Ulrike Höfken (KV Bitburg-Prüm), Dietmar Johnen (KV Vulkaneifel), Andreas Hartenfels (KV Kusel), Kerstin Ramm (KV Mainz-Bingen), Elias Weinacht (KV Rhein-Pfalz)

Tagesordnungspunkt: 6. Gesundes Essen

1 Nachhaltige und gesunde Ernährung sind so gefragt wie noch nie

2 Knapp 20 % der Menschen essen regelmäßig in Mensen, Kantinen, Senioren- und
3 Pflegeheimen, in Krankenhäusern, aber auch in der Gastronomie und Hotellerie.
4 Der Anteil der Haushalte, die regelmäßig kochen, geht zurück. Gleichzeitig
5 wächst die Nachfrage bei den Menschen nach biologisch, tiergerecht und in der
6 Region erzeugten Lebensmitteln. So geben 50% der Menschen an, dass sie mehr
7 regionale Produkte wünschen und 76 % der Deutschen kaufen Biolebensmittel
8 zumindest gelegentlich, fast 70% würden Bioangebote in der
9 Gemeinschaftsverpflegung bevorzugen.

10 Wir GRÜNE in Rheinland-Pfalz haben uns seit 2011 auf den Weg gemacht, die
11 Versorgung mit biologisch und regional erzeugten guten Lebensmitteln in unserem
12 Land, insbesondere in der Gemeinschaftsverpflegung und hier in den Kitas und
13 Schulen, deutlich zu verbessern.

14 GRÜNE schaffen gute Rahmenbedingungen für gesunde Ernährung in Rheinland-Pfalz -
15 gerade für unsere Jüngsten

16 In Rheinland-Pfalz existieren unter der Dachmarke „Rheinland-Pfalz isst besser“
17 über 20 Programme, die zum Ziel haben, die Ernährungssituation der rheinland-
18 pfälzischen Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen zu verbessern. Der eigens durch
19 unser GRÜNES Ernährungsministerium eingerichtete und erfolgreich durch das Land
20 tourende Kochbus hat seit 2013 schätzungsweise ca. 20 000 Kinder, Jugendliche
21 und Verbraucher*innen erreicht.

22 2014 hat das Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten einen
23 Qualifizierungsprozess gestartet, um Schulen in drei Stufen zum
24 Qualitätsstandard der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) zu führen. An
25 diesem Prozess haben bisher knapp 130 Schulen teilgenommen und sich so auf den
26 Weg gemacht, qualitativ hochwertiges, frisches und gesundes Essen für die
27 Schüler*innen anzubieten. Seit diesem Jahr wird das Projekt auf Kitas
28 ausgeweitet.

29 Auch in Kitas gibt es viel zu tun, denn: die Ernährungskultur im
30 Erwachsenenalter wird in der Kindheit geprägt. Deshalb freuen wir uns, dass das
31 DGE-Programm seit 2017 auch auf Kitas ausgeweitet wird. Mit dem Coaching-Projekt
32 "Kita isst besser" begleitet das GRÜNE Ernährungsministerium in Rheinland-Pfalz
33 Kitas bei der Umsetzung eines nachhaltigen und ganzheitlichen
34 Ernährungsbildungskonzepts und bei der Verbesserung ihres Verpflegungsangebots.
35 Mit dem EU-Schulobstprogramm in Kitas bekommen über drei Viertel aller Kinder
36 wöchentlich eine Portion Obst, Gemüse und Milch. Mit der Vernetzungsstelle Kita-
37 Verpflegung haben die Kitas einen kompetenten Ansprechpartner, an den sie sich
38 jederzeit wenden können. Seit 2017 ist dafür eigens eine Beratungs-Hotline
39 eingerichtet worden, der insbesondere die kommunalen Träger unterstützt.

40 Zu einem guten Start ins Leben gehört aber auch Wissen über gesunde Ernährung.
41 Allgegenwärtige Fertigprodukte, aggressive Werbung und die veränderte
42 Arbeitswelt sind Gründe, warum immer mehr Menschen sich nicht mehr vollwertig
43 ernähren. Umso wichtiger ist es, das Thema gute Ernährung in vorschulische und
44 schulische Bildung zu integrieren. Das gelingt mit der Förderung von Kita- und
45 Schulgärten, Schulprojekten (bspw. „Was ist uns unser Essen wert?“) und
46 Unterrichtsreihen (bspw. „ABC der Lebensmittel“). Über 40 Schulen haben bereits
47 einen Schulgarten oder haben sich auf den Weg dahin gemacht. Außerdem besuchen
48 Praktiker*innen der Grünen Berufe Ganztagschulen - im Gegenzug besuchen
49 Schüler*innen den „Lernort Bauernhof“ und bekommen einen Bezug zur regionalen
50 und bäuerlichen Landwirtschaft.

51 Mit „Gut versorgt ins Alter“ hat das Land auch eine Qualitätsoffensive für die
52 Gemeinschaftsverpflegung in Pflege- und Seniorenheimen gestartet. Und die
53 Verbraucherzentrale leistet mit ihren vom Land unterstützten Angeboten einen
54 Beitrag für eine bessere Ernährung in RLP. Seit dem 2017 fördert das
55 Ernährungsministerium außerdem Lebensmittel-Infoblätter für die Tafeln und eine
56 Ferienkochschule für Betreuerinnen und Betreuer, um möglichst allen Menschen die
57 besten Voraussetzungen für eine vollwertige und regionale Ernährung zu
58 ermöglichen.

59 Bei Kindern nimmt Übergewicht weiter zu: So waren laut Schuleingangsuntersuchung
60 in Rheinland-Pfalz 2014/2015 9,9% der Kinder übergewichtig (2013/2014: 8,9 %),
61 davon 5,0 % sogar krankhaft übergewichtig. Nicht nur wird die Leistungsfähigkeit
62 negativ beeinflusst, die Kinder leiden auch vielfach unter Hänseleien. Und: aus
63 dicken Kindern werden oft dicke Erwachsene mit daraus resultierenden
64 lebensbedrohlichen Krankheiten. Über 100 Bewegungskitas gehen das Problem dabei
65 an der Wurzel an: sie verbessern die Bewegungssituation der Kinder, werden durch
66 das Land beraten und bilden ein Netzwerk, in dem sich Kitas untereinander bei
67 Maßnahmen unterstützen. Über das Programm „Kita!Plus: Kita im Sozialraum“ führen
68 rund die Hälfte der geförderten Kitas in Wohngebieten mit besonderem
69 Entwicklungsbedarf Maßnahmen zur gesunden Ernährung durch.

70 Alle diese Maßnahmen fördern insbesondere diejenigen in unserer Gesellschaft,
71 die es am dringendsten brauchen. Denn gerade für Kinder, die von Armut gefährdet
72 oder betroffen sind, bietet ein ausgewogenes, abwechslungsreiches und gesundes
73 Ernährungsangebot in Kitas und Schulen eine wertvolle Ergänzung der Versorgung
74 zu Hause.

75 Nachfrage bedienen: Mehr Bio auf den Tisch

76 Dank grüner Regierungsbeteiligung hat sich in Rheinland-Pfalz seit 2011 die
77 ökologisch bewirtschaftete landwirtschaftliche Nutzfläche mehr als verdoppelt.
78 Mittelfristig wollen wir mit Hilfe eines Ökoaktionsplans den Anteil auf 20 %
79 steigern. Das hilft der rheinland-pfälzischen Bio-Qualitätsbranche. Bio schafft
80 Arbeit, ist gut für die Umwelt, das Klima und die Gesundheit. Der
81 Selbstversorgungsgrad von Biogemüse aus Rheinland-Pfalz liegt derzeit aber noch
82 immer bei nur 25 %.

83 Nachfrage bedienen: Mehr Bio und Regio auf den Tisch

84 Zur Steigerung des Angebots und der Nachfrage von biologisch und regional
85 erzeugten Produkten für und durch die Einrichtungen der
86 Gemeinschaftsverpflegung, wie den Kitas und Schulen wollen wir die Vernetzung

87 der regionalen Erzeugerverbünde, den Verarbeitern, insbesondere den Betrieben
88 der handwerklichen Lebensmittelverarbeitung, den Regionalen (Direkt-)Vermarktern
89 stärken.

90 Transparenz für mündige Verbraucher*innen

91 Wichtig sind hohe Standards, damit die Verbraucher*innen echte Regionalität,
92 gute Qualität und ökologische Erzeugung erkennen können. Deshalb brauchen wir
93 eine glaubwürdige einfache Regionalkennzeichnung von Lebensmitteln wie auch die
94 Zertifizierungsmöglichkeit für regionale Regional- und Dachmarken.

95 Die oft vermissten Verbraucher-Informationen wie zum Beispiel die Kennzeichnung
96 der Haltungssysteme auf Fleisch und verarbeiteten Eierprodukten und die
97 Kennzeichnung von Lebensmitteln, in denen Futtermittel aus genetisch veränderten
98 Pflanzen verwendet wurden, müssen einfach verständlich sein. Dies schafft
99 Vertrauen bei den Verbraucher*innen und schützt die Wirtschaftsbeteiligten der
100 regionalen Lebensmittelkette vor Imageschäden durch Täuschung und Betrug.
101 Überdies ist eine einfach verständliche Kennzeichnung der
102 Lebensmittelinhaltsstoffe überfällig. Niemand will mit der Lupe einkaufen gehen
103 und die irreführenden Bezeichnungen für bspw. zuckerhaltige Inhaltsstoffe erst
104 recherchieren.

105 Wir GRÜNE setzen uns für die nachfolgenden Punkte ein und unterstützen die
106 Landesregierung in deren Durchsetzung:

107 Für eine Verbesserung der Ernährung in Kitas und Schulen durch:

- 108 • die strukturelle Verankerung der Ernährungsbildung in allen Kitas und
109 Schulen als Grundlage der Verhaltensprävention und eine systematische
110 Information der Betreuer*innen und Träger über Möglichkeiten der
111 Förderung.
- 112 • eine stärkere Förderung der DGE-Sterne-Zertifizierung.
- 113 • mehr Unterstützung für ein gutes Frühstück.
- 114 • die schnellstmögliche Einführung eines flächendeckenden
115 Mittagessensangebots gemäß den Qualitätsstandards der Deutschen
116 Gesellschaft für Ernährung (DGE). Dies soll in Form von lokalen Runden
117 Tischen mit den Trägern und Verpflegungsanbietern vorangetrieben werden.
- 118 • den Ausbau des Anteils regionaler Lebensmittel auf 50 % und ökologisch
119 erzeugter Lebensmittel auf 30 % im Verpflegungsangebot.
- 120 • Schulungen von Köch*innen, Hauswirtschafter*innen und anderen damit
121 befassen Personen in Umgang und Praxis mit frischen, regionalen,
122 ökologischen und vollwertigen Produkten.
- 123 • eine Reform der Ausbildung von Köch*innen und Hauswirtschafter*innen.
- 124 • die Unterstützung lokaler Infoveranstaltungen mit
125 Ernährungswissenschaftler*innen, Ärzt*innen, den Trägern, Eltern- und

- 126 Schülervvertretungen, Anbieter*innen, Schul/-Kita-
127 verpflegungsvernetzungsstelle und Küchenbetreiber*innen.
- 128 • eine verstärkte Förderung des ehrenamtlichen Engagements von Landfrauen,
129 Eltern und anderen Akteur*innen, die in der Ernährungsbildung tätig sind.
- 130 • eine verstärkte Bewegungsförderung in den Schulen unter Einbezug der Daten
131 aus den Schuleingangsuntersuchungen und eine herausgehobene Rolle der
132 Gesundheitsämter bei der Ernährungsbildung.
- 133 Für mehr Verbraucherrechte und klare Entscheidungsmöglichkeiten soll sich die
134 Landesregierung auf Bundes- bzw. EU-Ebene einsetzen durch:
- 135 • eine transparente und eindeutige Kennzeichnung von Herkunft und
136 Herstellungsweise. Verbraucher*innen müssen einfach erkennen können, wo
137 ein Lebensmittel produziert wurde und wie bspw. ein Tier gehalten wurde.
- 138 • die Ausweitung der gut verständlichen Eierkennzeichnung auch auf
139 Fertigprodukte.
- 140 • bessere Rahmenbedingungen für eine klare Regionalkennzeichnung und eine
141 verlässliche Zertifizierungsmöglichkeit für Regional- und Dachmarken
- 142 • eine Lebensmittel-Ampel, mit der zucker-, salz- und fettreiche
143 Nahrungsmittel und Getränke transparent und standardisiert gekennzeichnet
144 werden.
- 145 Für die Stärkung der regionalen Wertschöpfung und die Förderung ökologisch
146 erzeugter Lebensmittel setzen wir uns ein durch:
- 147 • die Unterstützung von Projekten und Initiativen in Rheinland-Pfalz, die
148 regionale Wertschöpfungsketten stärken. Das betrifft sowohl die Erzeugung
149 als auch die Verarbeitung und den Handel.
- 150 • eine zielgerichtete Förderung von regionalen Erzeugergemeinschaften und
151 Dachmarken.
- 152 • Maßnahmen des Ökoaktionsplans, der derzeit durch das GRÜNE
153 Umweltministerium erarbeitet wird.
- 154 • die Unterstützung der rheinland-pfälzischen Kommunen für den Beitritt in
155 das Netzwerk deutscher Biostädte (Bio-Kommunen).

Begründung

erfolgt mündlich.

Die im ersten Absatz genannten Zahlen stammen aus dem Ökobarometer 2017 sowie von der Seite www.marktforschung.de/nachrichten/marktforschung/gfk-consumer-index-praeferenz-fuer-regionale-produkte/

E-1NEU Gutes Essen für Alle von Anfang an

Antragsteller*in: Landesvorstand, Ulrike Höfken (KV Bitburg-Prüm), Dietmar Johnen (KV Vulkaneifel), Andreas Hartenfels (KV Kusel), Kerstin Ramm (KV Mainz-Bingen), Elias Weinacht (KV Rhein-Pfalz)

Tagesordnungspunkt: 6. Gesundes Essen

- 1 Nachhaltige und gesunde Ernährung sind so gefragt wie noch nie
- 2 Knapp 20 % der Menschen und der größte Teil aller Kinder und Jugendlichen essen
- 3 regelmäßig in Mensen, Kantinen, Senioren- und Pflegeheimen, in Krankenhäusern,
- 4 aber auch in der Gastronomie und Hotellerie. Der Anteil der Haushalte, die
- 5 regelmäßig kochen, geht zurück. Gleichzeitig wächst die Nachfrage nach
- 6 biologisch, tiergerecht und in der Region erzeugten Lebensmitteln. So geben 50%
- 7 der Menschen an, dass sie mehr regionale Produkte wünschen und 76 % der
- 8 Deutschen kaufen Biolebensmittel zumindest gelegentlich, fast 70% würden
- 9 Bioangebote in der Gemeinschaftsverpflegung bevorzugen.
- 10 Mit unserem Lebensstil können wir als Verbraucher*innen einen wichtigen Beitrag
- 11 zum Klimaschutz leisten, denn die Ernährung spielt dabei eine große Rolle: in
- 12 Deutschland entfallen auf die Ernährung etwa 25 % aller Treibhausgase. Fast die
- 13 Hälfte davon entsteht bei der Erzeugung tierischer Lebensmittel. In unserem
- 14 durchschnittlichen Warenkorb sind Fleisch und Milchprodukte für fast 70 % der
- 15 Treibhausgase verantwortlich. Obwohl sie nur 13 % der pro Person konsumierten
- 16 Lebensmittelmengen umfassen, verursachen Fleisch und Fleischerzeugnisse etwa 40 %
- 17 der ernährungsbedingten Treibhausgase. Unseren CO₂-Fußabdruck können wir durch
- 18 eine klimafreundliche Ernährung deutlich verringern: vor allem mit weniger
- 19 tierischen Lebensmitteln und außerdem mit mehr ökologisch, regional und saisonal
- 20 erzeugtem sowie frisch zubereitetem Essen.
- 21 Im Gesundheitswesen wird heute ein Drittel aller Kosten, über 100 Milliarden
- 22 Euro, für die Folgen von Fehlernährung ausgegeben. 90% der Diabetes-
- 23 Erkrankungen, ein Großteil der Herzinfarkte und der Schlaganfälle, aber auch
- 24 Vorerkrankungen wie Bluthochdruck können mit einer guten Ernährung vermieden
- 25 werden.
- 26 Wir Grüne in Rheinland-Pfalz haben uns seit 2011 auf den Weg gemacht, die
- 27 Versorgung mit biologisch und regional erzeugten guten Lebensmitteln in unserem
- 28 Land, insbesondere in der Gemeinschaftsverpflegung und hier in den Kitas und
- 29 Schulen, deutlich zu verbessern.
- 30 Grüne schaffen gute Rahmenbedingungen für gesunde Ernährung in Rheinland-Pfalz -
- 31 gerade für unsere Jüngsten
- 32 In Rheinland-Pfalz existieren unter der Dachmarke „Rheinland-Pfalz isst besser“
- 33 über 20 Programme zur Verbesserung der Ernährungssituation der rheinland-
- 34 pfälzischen Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen. Der eigens durch unser Grünes
- 35 Ernährungsministerium eingerichtete und erfolgreich durch das Land tourende
- 36 Kochbus hat seit 2013 schätzungsweise ca. 20 000 Kinder, Jugendliche und
- 37 Verbraucher*innen erreicht.

38 2014 hat das Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten einen
39 Qualifizierungsprozess gestartet, um Schulen in drei Stufen zum
40 Qualitätsstandard der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) zu führen. An
41 diesem Prozess haben bisher knapp 130 Schulen teilgenommen: sie haben sich so
42 auf den Weg gemacht, qualitativ hochwertiges, frisches und gesundes Essen für
43 die Schüler*innen anzubieten. Seit diesem Jahr wird das Projekt auf Kitas
44 ausgeweitet. Dort gibt es viel zu tun, denn: die Ernährungskultur im
45 Erwachsenenalter wird in der Kindheit geprägt. Zu den Bausteinen des Programms
46 zählen: das Coaching-Projekt „Kita isst besser“, das EU-Schulobstprogramm, die
47 Vernetzungsstelle Kita-Verpflegung, die Fortbildungen für Kita-
48 Hauswirtschaftskräfte und eine Hotline für die Träger.

49 Zu einem guten Start ins Leben gehört aber auch Wissen über gesunde Ernährung.
50 Werbung und die allgegenwärtigen Fertigprodukte haben dafür gesorgt, dass viele
51 Kinder und Jugendliche keine Ahnung haben, welche Lebensmittel wann Saison haben
52 und wie sich vollwertiges Essen zusammensetzt. Auch in den Familien wird nicht
53 mehr so regelmäßig gekocht wie früher. Das hängt mit der veränderten Arbeitswelt
54 und den verlängerten Schultagen zusammen. Umso wichtiger ist es, das Thema
55 Ernährung in vorschulische und schulische Bildung zu integrieren. Das gelingt
56 mit der Förderung von Kita- und Schulgärten, Schulprojekten (bspw. „Was ist uns
57 unser Essen wert?“) und Unterrichtsreihen (bspw. „ABC der Lebensmittel“). Über
58 40 Schulen haben bereits einen Schulgarten oder haben sich auf den Weg dahin
59 gemacht. Außerdem besuchen Praktiker*innen der Grünen Berufe Ganztagschulen -
60 im Gegenzug besuchen Schüler*innen den „Lernort Bauernhof“ und bekommen einen
61 Bezug zur regionalen und bäuerlichen Landwirtschaft.

62 Mit „Gut versorgt ins Alter“ hat das Land auch eine Qualitätsoffensive für die
63 Gemeinschaftsverpflegung in Pflege- und Seniorenheimen gestartet. Und die
64 Verbraucherzentrale leistet mit ihren vom Land unterstützten Angeboten einen
65 Beitrag für eine bessere Ernährung in Rheinland-Pfalz. Seit dem 2017 fördert das
66 Ernährungsministerium außerdem Lebensmittel-Infoblätter für die Tafeln und eine
67 Ferienkochschule für Betreuerinnen und Betreuer, um möglichst allen Menschen die
68 besten Voraussetzungen für eine vollwertige und regionale Ernährung zu
69 ermöglichen.

70 Bei Kindern nimmt Übergewicht weiter zu: So waren laut Schuleingangsuntersuchung
71 in Rheinland-Pfalz 2014/2015 9,9 % der Kinder übergewichtig (2013/2014: 8,9 %),
72 davon 5,0 % sogar krankhaft übergewichtig. Nicht nur wird die Leistungsfähigkeit
73 negativ beeinflusst, die Kinder leiden auch vielfach unter Hänseleien. Und: aus
74 dicken Kindern werden oft dicke Erwachsene mit daraus resultierenden
75 lebensbedrohlichen Krankheiten. Über 100 Bewegungskitas gehen das Problem dabei
76 an der Wurzel an: sie verbessern die Bewegungssituation der Kinder, werden durch
77 das Land beraten und bilden ein Netzwerk, in dem sich Kitas untereinander bei
78 Maßnahmen unterstützen. Über das Programm „Kita!Plus: Kita im Sozialraum“ führen
79 rund die Hälfte der geförderten Kitas in Wohngebieten mit besonderem
80 Entwicklungsbedarf Maßnahmen zur gesunden Ernährung durch.

81 Alle diese Maßnahmen fördern insbesondere diejenigen in unserer Gesellschaft,
82 die es am dringendsten brauchen. Denn gerade bei Kindern, die von Armut
83 gefährdet oder betroffen sind, reicht das Familieneinkommen oft nicht für eine
84 ausgewogene, abwechslungsreiche und ausreichende Ernährung aus. Hier ist ein
85 gesundes Angebot in Kitas und Schulen unerlässlich.

86 Nachfrage bedienen: Mehr Bio und Regio auf den Tisch

87 Dank Grüner Regierungsbeteiligung hat sich in Rheinland-Pfalz seit 2011 die
88 ökologisch bewirtschaftete landwirtschaftliche Nutzfläche mehr als verdoppelt.
89 Mittelfristig wollen wir mit Hilfe eines Ökoaktionsplans den Anteil auf 20 %
90 steigern. Das hilft der rheinland-pfälzischen Bio-Qualitätsbranche. Bio schafft
91 Arbeit, ist gut für die Umwelt, das Klima und die Gesundheit. Der
92 Selbstversorgungsgrad bei Biogemüse aus Rheinland-Pfalz liegt derzeit aber noch
93 immer bei nur 25 %.

94 Die Rohstoffe in der Gemeinschaftsverpflegung stammen überwiegend aus
95 industriellen Herstellungs- und Verarbeitungsprozessen. Zur Steigerung des
96 Angebots und der Nachfrage von biologisch und regional erzeugten Produkten für
97 und durch die Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung wie den Kitas und
98 Schulen wollen wir die Vernetzung der regionalen Erzeugerverbünde, der
99 Verarbeiter, insbesondere der Betriebe der handwerklichen
100 Lebensmittelverarbeitung und der regionalen (Direkt-)Vermarkter stärken. So
101 können dann regionale und ökologische Produkte in unseren Kantinen Eingang
102 finden.

103 Transparenz für mündige Verbraucher*innen

104 Wichtig sind klare gesetzlich definierte Kennzeichnungssysteme, damit die
105 Verbraucher*innen echte Regionalität, gute Qualität und ökologische Erzeugung
106 erkennen können. Deshalb brauchen wir eine glaubwürdige einfache
107 Regionalkennzeichnung von Lebensmitteln wie auch die Zertifizierungsmöglichkeit
108 für Regional- und Dachmarken.

109 Die oft vermissten Verbraucher-Informationen wie zum Beispiel die Kennzeichnung
110 der Haltungssysteme auf Fleisch und verarbeiteten Eierprodukten und die
111 Kennzeichnung von Lebensmitteln, in denen Futtermittel aus genetisch veränderten
112 Pflanzen verwendet wurden, müssen einfach verständlich sein. Dies schafft
113 Vertrauen bei den Verbraucher*innen und schützt die Wirtschaftsbeteiligten der
114 regionalen Lebensmittelkette vor Imageschäden durch Täuschung und Betrug.
115 Überdies ist eine einfach verständliche Kennzeichnung der
116 Lebensmittelinhaltsstoffe überfällig. Niemand will mit der Lupe einkaufen gehen
117 und die irreführenden Bezeichnungen für bspw. zuckerhaltige Inhaltsstoffe oder
118 tierische Bestandteile erst recherchieren.

119 Wir Grüne setzen uns für die nachfolgenden Punkte ein und unterstützen die
120 Landesregierung in deren Durchsetzung:

121 Für eine Verbesserung der Ernährung in Kitas und Schulen

- 122 • durch die strukturelle Verankerung der Ernährungsbildung, die Einbindung
123 der Gesundheitsämter und systematische Information der Betreuer*innen,
124 Pädagog*innen und Träger über Möglichkeiten der Förderung
- 125 • durch die schnellstmögliche Einführung eines flächendeckenden
126 Mittagessenangebots gemäß den Qualitätsstandards der Deutschen
127 Gesellschaft für Ernährung (DGE) und Unterstützung von Frischküchen. Dies

- 128 soll in Form von lokalen Runden Tischen mit den Trägern und
129 Verpflegungsanbietern vorangetrieben werden.
- 130 • durch eine stärkere Förderung der DGE-Sterne-Zertifizierung
 - 131 • durch den Ausbau des Anteils regionaler Lebensmittel auf 50 % und
132 ökologisch erzeugter Lebensmittel auf 30 % im Verpflegungsangebot
 - 133 • durch Schulungen von Köch*innen, Hauswirtschafter*innen und anderen damit
134 befassten Personen in Umgang und Praxis mit frischen, regionalen,
135 ökologischen und vollwertigen Produkten
 - 136 • durch eine Reform der Ausbildung von Köch*innen und Hauswirtschafter*innen
 - 137 • durch die Unterstützung lokaler Infoveranstaltungen mit
138 Ernährungswissenschaftler*innen, Ärzt*innen, den Trägern, Eltern- und
139 Schülervereinigungen, Anbieter*innen, Schul/-
140 Kitaverpflegungsnetzwerk und Küchenbetreiber*innen
 - 141 • durch eine verstärkte Förderung des ehrenamtlichen Engagements von
142 Landfrauen, Eltern und anderen Akteur*innen, die in der Ernährungsbildung
143 tätig sind.
 - 144 • durch eine verstärkte Bewegungsförderung in den Schulen unter Einbezug der
145 Daten aus den Schuleingangsuntersuchungen
- 146 Für mehr Verbraucherrechte und klare Entscheidungsmöglichkeiten soll sich die
147 Landesregierung auf Bundes- bzw. EU-Ebene einsetzen:
- 148 • durch eine transparente und eindeutige Kennzeichnung von Herkunft und
149 Herstellungsweise. Verbraucher*innen müssen einfach erkennen können, wo
150 ein Lebensmittel produziert wurde, ob tierische Bestandteile enthalten
151 sind und, falls ja, wie die Tiere gehalten wurden
 - 152 • durch die Ausweitung der gut verständlichen Eierkennzeichnung auf alle
153 Produkte, die Eier enthalten
 - 154 • durch bessere Rahmenbedingungen für eine klare Regionalkennzeichnung und
155 eine verlässliche Zertifizierungsmöglichkeit für Regional- und Dachmarken
 - 156 • durch eine Lebensmittel-Ampel, mit der zucker-, salz- und fettreiche
157 Nahrungsmittel und Getränke transparent und standardisiert gekennzeichnet
158 werden
 - 159 • durch die Stärkung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes

160 Für die Verbesserung der regionalen Wertschöpfung und die Förderung ökologisch
161 erzeugter Lebensmittel setzen wir uns ein:

- 162 • durch die Unterstützung von Projekten und Initiativen in Rheinland-Pfalz,
163 die regionale Wertschöpfungsketten stärken. Das betrifft sowohl die
164 Erzeugung als auch die Verarbeitung, das Ernährungshandwerk und den Handel
- 165 • durch eine zielgerichtete Förderung von regionalen Erzeugergemeinschaften
166 und Dachmarken in Landwirtschaft und Weinbau
- 167 • durch Entbürokratisierung und Reduzierung der Lebensmittel- und
168 Hygienevorschriften auf die tatsächlichen Notwendigkeiten des
169 Gesundheitsschutzes
- 170 • durch Maßnahmen des Ökoaktionsplans, der derzeit durch das Grüne
171 Umweltministerium erarbeitet wird
- 172 • durch die Unterstützung der rheinland-pfälzischen Kommunen für den
173 Beitritt in das Netzwerk deutscher Biostädte (Bio-Kommunen)
- 174 • durch die Einbeziehung des Ernährungsbereiches in den kommunalen
175 Klimaschutz

176 Auf kommunaler und regionaler Ebene setzen sich GRÜNE des Weiteren ein für:

- 177 • die verstärkte Nutzung der Möglichkeiten der Umweltbildung und der Bildung
178 für nachhaltige Entwicklung in unseren Kommunen
- 179 • die Teilnahme an der Initiative "Rheinland-Pfalz isst besser" und der
180 Förderungen im Bereich Ernährung
- 181 • die Umsetzung von Präventionsprojekten durch die Krankenkassen im Bereich
182 Ernährung
- 183 • die Bewertung und weitere Verbesserung der Verpflegungssituation an
184 unseren Kitas, Schulen und Senioren-Einrichtungen.
- 185 • die Erhaltung und Schaffung von Frischküchen.
- 186 • die Einrichtung und Unterstützung von Kita-, Schul-, Generations-,
187 Integrations-Gärten und Bienen-Schulungen
- 188 • die Unterstützung von sozialen Projekten, Tafeln sowie Generations- und
189 Integrationsprojekten zu den Themen Ernährung und Verbraucherschutz

Begründung

erfolgt mündlich.

Die im ersten Absatz genannten Zahlen stammen aus dem Ökobarometer 2017 sowie von der Seite www.marktforschung.de/nachrichten/marktforschung/gfk-consumer-index-praefferenz-fuer-regionale-produkte/

In diese überarbeitete Fassung des Antrages wurden die Änderungsanträge E-1-001, E-1-035, E-1-137, E-1-138 sowie redaktionelle Änderungen von den Antragssteller*innen übernommen.

FA-1 Die Zukunft des Landes familiengerecht gestalten

Antragsteller*in: Landesvorstand, Anne Spiegel (KV Speyer), Daniel Köbler (KV Mainz),
Tagesordnungspunkt: 3. Familienpolitik

1 Familie ist für uns GRÜNE überall da, wo Menschen verbindlich füreinander
2 Verantwortung übernehmen – ob in klassischer Ehe mit oder ohne Kinder,
3 alleinerziehend, in Patchwork oder in einer gleichgeschlechtlichen
4 Partnerschaft. Sie alle gilt es zu schützen und zu fördern. Dies gilt
5 insbesondere für kinderreiche Familien und Alleinerziehende, denn diese sind
6 besonders oft von Armut betroffen. Familie ist bunt und deshalb muss auch
7 Familienpolitik bunt sein: Sie muss den unterschiedlichen Lebensentwürfen und
8 Lebensumständen Rechnung tragen.

9 Wir GRÜNE wissen: Familien sind heute so unterschiedlich, wie die Menschen, die
10 sie bilden. Wir unterstützen es, wenn Menschen, die mitten im Leben stehen, in
11 vielfältiger Weise gleichberechtigt Verantwortung füreinander übernehmen. So
12 verteidigen wir die moderne und weltoffene Gesellschaft auch in der
13 Familienpolitik!

14 Familien erbringen unverzichtbare Leistungen für die Gemeinschaft. So etwa die
15 Fürsorge für Kinder und pflegebedürftige Angehörige. Sie schaffen sozialen
16 Zusammenhalt, indem sie sich zivilgesellschaftlich für andere Menschen
17 engagieren. Familien tragen auch zu Integration bei. Familiennachzug erleichtert
18 die Integration von Flüchtlingen. Um Familienleben ermöglichen zu können und
19 Familien bei ihren Aufgaben zu unterstützen, ist gesellschaftlicher Zusammenhalt
20 unentbehrlich.

21 Rechte Parteien bedrohen jedoch mit ihren rückwärtsgewandten familienpolitischen
22 Konzepten die Vielfalt der Familienformen und den Zusammenhalt unserer offenen
23 Gesellschaft. Sie wollen zurück zur traditionellen Ehe als Ort der
24 Kinderproduktion, wo nur der Mann arbeitet, die Frau zu Hause bleibt und der
25 Staat andere Familien nicht mehr unterstützt. Wir dürfen nicht zulassen, dass
26 niedrige Geburtenraten zum Vorwand dienen, um einen gesellschaftspolitischen
27 Anschlag ausgerechnet auf diejenigen Familien zu verüben, die Emanzipation und
28 Gleichberechtigung leben!

29 Unsere GRÜNE Familienpolitik hingegen ist darauf ausgerichtet, dass Familien in
30 all ihren Facetten die Unterstützung bekommen, die sie brauchen, um ihren
31 selbstgewählten Lebensentwurf frei gestalten zu können. Wir wollen keine
32 Rollenmodelle vorschreiben, sondern Rahmenbedingungen schaffen, welche
33 Selbstbestimmung möglich machen, Geschlechtergerechtigkeit voranbringen und
34 nicht zuletzt den Lebensunterhalt langfristig sichern. Die Familienpolitik in
35 Rheinland-Pfalz trägt eindeutig eine GRÜNE Handschrift. Rheinland-Pfalz ist
36 heute ein familien- und kinderfreundliches Land. Es gibt sehr gut ausgebaute
37 Kindertagesstätten, eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung, eine
38 vielfältige und durchlässige Schullandschaft, berufliche Chancen, eine sehr gute
39 Situation auf dem Arbeitsmarkt und eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf
40 sind Merkmale erfolgreicher, moderner Familienpolitik. Wir haben Rheinland-Pfalz
41 zum Familienland gemacht.

42 Und wir wollen Rheinland-Pfalz noch familienfreundlicher gestalten. Für ein
43 gutes Familienleben brauchen Familien Zeit, gute Infrastruktur, genügend Geld
44 und Gleichberechtigung der Geschlechter.

45 Eine familienpolitische Zeitwende schaffen!

46 Eltern wollen wirtschaftlich unabhängig sein, aber auch relevante Zeit mit ihren
47 Kindern verbringen. Beides muss selbstverständlich sein. Und doch ist es so,
48 dass viele Frauen noch immer Angst haben, Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern
49 mitzuteilen, dass sie schwanger sind und es Männern unangenehm ist, Elternzeit
50 zu beantragen. Niemand soll sich für Familienzeit rechtfertigen müssen!
51 Vereinbarkeit bedeutet nicht, dass sich Familien der Arbeitswelt anpassen
52 müssen, sondern umgekehrt: dass Unternehmen familienkompatible Arbeitsplätze und
53 mehr Zeit, etwa in Form von Zeitkonten anbieten müssen. In Zeiten des
54 demografischen Wandels und des Fachkräftemangels konkurrieren Unternehmen -
55 nicht selten weltweit - um die besten Beschäftigten. Ein modernes
56 Familienleitbild der Unternehmen kann dabei den Ausschlag geben. Viele
57 Unternehmen haben dies erkannt und angefangen, Arbeitszeit neu zu denken und
58 innovative Konzepte für ihre Belegschaften zu entwickeln. Solche Wege wollen wir
59 unterstützen: mit einer flexiblen Vollzeit, die es Beschäftigten ermöglicht,
60 freier zu entscheiden, wie innerhalb eines Korridors von 30 bis 40 Stunden ihre
61 persönliche Vollzeit aussieht; mit einem Rückkehrrecht auf die ursprüngliche
62 Stundenzahl nach einer Phase der Teilzeit; mit einem Recht auf Homeoffice als
63 Ergänzung zum festen Arbeitsplatz sowie mit einer Pflegezeit, die hilft, die
64 Sorge für einen nahestehenden Menschen mit dem Beruf besser zu vereinbaren.
65 Familien sollen mehr Zeit für- und miteinander erhalten! Zeit ist DIE
66 Familienwährung der Zukunft!

67 Zeitpolitik spielt in viele Politikfelder hinein: Von der Wirtschafts-, Frauen-
68 und Arbeitsmarktpolitik angefangen bis hin zur Sozial- und Familienpolitik. Wir
69 wollen eine Debatte darüber anstoßen, wie wir die Fürsorgearbeit, die in unserer
70 Gesellschaft geleistet wird, solidarisch absichern. Wir wollen Lohnarbeit und
71 Fürsorgearbeit gerechter zwischen den Geschlechtern verteilen, mehr
72 Mitbestimmung über die Arbeitszeitgestaltung für alle Berufstätigen sowie eine
73 stärkere Flexibilität für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Wahl ihres
74 Arbeitszeitvolumens. Zugleich brauchen wir Möglichkeiten für berufliche
75 Auszeiten, die auch Selbstständigen zugute kommen, und wollen auch Menschen mit
76 geringem Einkommen mehr Zeit neben der Lohnarbeit ermöglichen.

77 Dies wollen wir mit dem GRÜNEN Konzept „KinderZeit Plus“ erreichen. Das
78 bestehende Elterngeld, der finanzielle Schonraum im ersten Lebensjahr, soll
79 weiterentwickelt werden. Jedes Elternteil erhält acht Monate Unterstützung –
80 weitere acht Monate können sie sich frei untereinander aufteilen. Im ersten
81 Lebensjahr des Kindes können beide Elternteile für maximal zwölf Monate
82 vollständig aus dem Beruf aussteigen. Danach federt die KinderZeit Plus eine
83 Arbeitszeitreduzierung finanziell ab, damit alle – auch Menschen mit niedrigerem
84 Einkommen - sich eine solche Reduzierung leisten können. Die KinderZeit Plus
85 gibt Eltern größere Entscheidungsspielräume, erleichtert Müttern einen schnellen
86 Wiedereinstieg in den Job oder die Ausbildung und unterstützt eine vollzeitnahe
87 Teilzeit beider Eltern nach dem ersten Lebensjahr eines Kindes.

88 Familien wünschen sich auch eine gute Vereinbarkeit von Familie bzw. Pflege und
89 Beruf. Wir unterstützen es, wenn jemand Verantwortung für andere übernimmt. Die

90 Unterstützung und Pflege alter und kranker Menschen ist gesellschaftlich
91 wichtig. Rheinland-Pfalz fördert daher regionale Netzwerktreffen, die das Ziel
92 haben, Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber aus der Region und
93 familienunterstützende Dienstleister zusammenzubringen, um Möglichkeiten der
94 gegenseitigen Unterstützung und der Kooperation bei der Umsetzung einer guten
95 Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erörtern. Auf Bundesebene setzen wir uns
96 dafür ein, dass, wer Pflegebedürftige unterstützt, eine dreimonatige Pflegezeit
97 Plus mit Lohnersatzleistung erhält.

98 Insbesondere Frauen reduzieren zugunsten der Familie häufig ihre Arbeitszeit.
99 Der Grund dafür sind oft Sorgearbeiten in der Familie, vor allem die Betreuung
100 von Kindern oder zu pflegenden Angehörigen. Mittel- und langfristig stellt sich
101 diese Entscheidung allerdings oft als ungewünschte Einbahnstraße heraus, weil
102 der Weg zurück in die ursprüngliche Arbeitszeit versperrt ist. Wir brauchen
103 daher einen allgemeinen Anspruch auf Befristung der Teilzeit und einen
104 Rechtsanspruch auf Rückkehr auf eine volle Stelle. Zudem sollen Frauen und
105 Männer endlich gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit bekommen. Wir
106 unterstützen eine partnerschaftliche Aufteilung von bezahlten und unbezahlten
107 Aufgaben. Beide Partner*innen sollen wirtschaftlich unabhängig sein, damit sie
108 selbstbestimmt leben können – auch im Alter.

109 Die Landesregierung nimmt als familienfreundliche Arbeitgeberin dabei eine
110 Vorbildfunktion ein. In den Ministerien, Behörden und Dienststellen des Landes
111 sollen entsprechende Instrumente implementiert werden:
112 Familienarbeitszeitkonten, Familienpflegezeit und die Berücksichtigung von
113 Familienarbeit bei Einstellungen. Das Land soll darüber hinaus gemeinsam mit den
114 Kommunen, Kammern und Wirtschaftsunternehmen einen Zeitatlas erstellen (Ist-
115 Analyse) und gemeinsam mit Familien und den Akteuren vor Ort Ideen zur
116 Zeitoptimierung und konkrete Schritte zu deren Umsetzung entwickeln und
117 vollziehen.

118 Frühkindliche Bildung für alle Kinder - Kinderbetreuung am Bedarf der Familien
119 ausrichten

120 Für die frühkindliche Bildung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist
121 eine flächendeckende, qualitativ hochwertige Kinderbetreuung, die sich an den
122 Bedarfen der Kinder und Familien orientiert, von zentraler Bedeutung. Wir haben
123 schon viel erreicht und wollen diese erfolgreiche Politik fortsetzen. Beim
124 Ausbau der Kita-Plätze für Kinder unter drei Jahren und der frühkindlichen
125 Bildung stehen wir bundesweit an der Spitze. Aktuell besuchen 44 Prozent der
126 UnterDreijährigen und beinahe 100 Prozent der Über-Dreijährigen eine Kita.
127 Rheinland-Pfalz ist das einzige Flächenland in Deutschland, das den Kindergarten
128 ab dem 2. Lebensjahr beitragsfrei gestaltet. Hier steht das Angebot unabhängig
129 vom Geldbeutel der Eltern allen Kindern zur Verfügung. Das soll auch so bleiben.

130 Wir werden das Kindertagesstättengesetz des Landes reformieren mit dem Ziel den
131 Rechtsanspruch zu konkretisieren, die pädagogische Qualität zu steigern,
132 Inklusion von Anfang an zu gestalten und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf
133 weiter zu verbessern. Dabei soll ein qualitätsstärkendes, transparentes
134 vereinfachtes, verlässliches, Finanzierungskonzept erstellt werden.

135 Der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz soll für alle Kinder ab dem vollendeten
136 ersten Lebensjahr ein Ganztagsangebot von mindestens 7 Stunden mit vollwertigem
137 Mittagessen und Schlafangebot ermöglichen. Die Öffnungszeiten der

138 Kindertagesstätten sollen vom Träger unter Berücksichtigung des Wohls der Kinder
139 gemeinsam mit den Eltern festgelegt werden. Den Bedürfnissen insbesondere
140 erwerbstätiger Eltern soll Rechnung getragen werden. Insbesondere sollen bei
141 Bedarf ein Verlängertes Vormittags- oder Ganztagsangebot vorgehalten werden.

142 Auch in den Kitas setzen wir uns für umfassende Teilhabe, Gleichstellung und
143 Selbstbestimmung von Kindern mit Behinderungen ein. Beteiligung aller von Anfang
144 an und Inklusion statt Ausgrenzung, das sind unsere Ziele. Kitas sollen daher
145 barrierefrei sein. Je früher Inklusion stattfindet, umso selbstverständlicher
146 gestalten sich das gesellschaftliche Zusammenleben und die erforderliche
147 Akzeptanz. Kitas sollen sich in inklusive Kitas und Fördergruppen in gemischte
148 Gruppen weiterentwickeln. Wir wollen für jedes Kind und seinen besonderen
149 Bedarf, unabhängig vom Lern- oder Förderort, die notwendige professionelle
150 Unterstützung ermöglichen. Daher wollen wir im Kindertagesstättengesetz den
151 Rechtsanspruch auf einen inklusive Kita-Platz verankern.

152 Die Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung in Kindertagesstätten wollen wir
153 durch ein verbindliches landeseinheitliches Bildungsprogramm sicherstellen. Die
154 Sprachförderung soll mit dem Eintritt in die Kindertagesstätte beginnen.
155 ErzieherInnen nehmen heute eine Schlüsselaufgabe bei der frühkindlichen Bildung
156 wahr und brauchen dafür Entlastung. Wir wollen die Möglichkeit
157 multiprofessioneller Teams in Kitas weiter ausbauen. Beim Personalschlüssel
158 streben wir eine reale Verbesserung an, die sich an den von der Forschung
159 ermittelten Werten der Fachkraft-Kind-Relation orientiert (1 ErzieherIn / 3
160 Kinder unter 3 Jahren bzw. 1 ErzieherIn / 10 Kinder über 3 Jahren). Die Aspekte
161 der Beobachtung und Dokumentation, der Freistellung von Leiterinnen und Leitern
162 sowie der mittelbaren pädagogischen Arbeit und des Anteils der Ganztagsbetreuung
163 müssen dabei berücksichtigt werden.

164 Wir wollen die Elternbeteiligung und die Mitwirkungsmöglichkeiten von Kindern
165 bei der Alltagsgestaltung stärken. Die Elternmitbestimmung soll nach Vorbild des
166 Schulgesetzes ausgebaut werden. Kreiselternausschuss und Landeselternausschuss
167 sollen institutionalisiert werden.

168 Mit dem Programm „Kita!Plus“ haben wir Kindertagesstätten weiterentwickelt:
169 Kitas werden zu einem Ort für die ganze Familie, weil die partnerschaftliche
170 Zusammenarbeit mit Eltern und die gute Vernetzung der Kitas im Sozialraum
171 gestärkt wird. Das werden wir weiter ausbauen und fortführen. Kindertagesstätten
172 sollen zu Familienzentren weiterentwickelt werden. Familienzentren sollen
173 gemeinsam mit der Kommune und dem Jugendamt ein Konzept erstellen, das sich am
174 Sozialraum orientiert mit dem Ziel, Unterstützungsangebote für Familien, wie
175 Familienberatung und Familienbildung, um die Kita herum anbieten zu können.

176 Um den Umgang mit der Natur stärker zu fördern, wollen wir die bewährten
177 Strukturen aus dem Bereich der Umweltbildung – zum Beispiel die Forstämter und
178 Waldpädagogik – weiter ausbauen. Durch naturnahe Spielräume, Förderprogramme wie
179 Spielleitplanung und große Außengelände von Kindertagesstätten sollen Kinder
180 Natur erleben und selbst mitgestalten können.

181 Der Übergang in die Grundschule muss so gestaltet werden, dass Ängste bei
182 Kindern gar nicht erst aufkommen. Die Kindertagesstätten sollen unter
183 Einbeziehung der Eltern mit den Grundschulen zur Information und Abstimmung
184 ihrer jeweiligen Bildungskonzepte zusammenarbeiten um Kontinuität in der
185 Bildungskette zu schaffen. Wir wollen das Foren des Austauschs der

186 Bildungsstätten KiTa und Grundschule sowie Möglichkeiten der gegenseitigen
187 Hospitation geschaffen und durch entsprechende Rahmenbedingungen sachlich und
188 personell gefördert werden.

189 Dazu gehört auch das Schulentwicklungsplanung und KiTa-Bedarfsplanung als
190 abgestimmtes Konzepte in den Kommunen erarbeitet werden müssen.

191 Auch für jedes Schulkind soll es bei Bedarf ein ganztägiges Angebot geben,
192 entweder in einer Ganztagschule oder in einem Hort. Die Bedarfsplanung für die
193 Tagesbetreuung von Schulkindern soll sich an der Nachfrage orientieren. Bei
194 kurzfristigen Engpässen sollen insbesondere Kinder von Alleinerziehenden und von
195 Eltern, die beide erwerbstätig sind oder in Ausbildung stehen zu berücksichtigt
196 werden. Betreuende Grundschulen ergänzen das Angebot.

197 Es gibt aber nach wie vor einen hohen Bedarf an Betreuungsmöglichkeiten, vor
198 allem auch in Randzeiten abends, nachts, am Wochenende und in den Ferien. Der
199 flächendeckende Ausbau der Ferienbetreuung in Rheinland-Pfalz ist ein erster
200 Schritt. Wir GRÜNE nehmen die Betreuungsgarantie ernst: Auch für eine
201 alleinerziehende Mutter im Schichtdienst muss es die Möglichkeit einer
202 kindgerechten, qualitativ hochwertigen Betreuung geben. Betreuungskonzepte
203 müssen auf Randzeitenbetreuung am Abend und in der Nacht weiterentwickelt
204 werden. Dazu gehört die Kindertagespflege, wie auch Modelle von „24-Stunden-
205 Kitas. Soweit die sonstigen Voraussetzungen vorliegen, sollen von einer
206 Tagespflegeperson bei Kindern unter drei Jahren bis zu drei und bei Kindern über
207 drei Jahren bis zu fünf Kinder betreut werden können.

208 GRÜNE Politik macht das Land familiengerecht!

209 Die Familieninstitutionen des Landes - Häuser der
210 Familie/Mehrgenerationenhäuser, Familienbildungsstätten und Familienzentren -
211 sind wichtige Partnerinnen und Partner. Erziehungs-, Ehe-, Familien- und
212 Lebensberatungsstellen sowie Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen
213 unterstützen Familien und insbesondere Frauen in allen Lebenslagen. Dadurch
214 können frühzeitig vielfältige präventive Hilfestellungen eingeleitet werden. Das
215 Familienministerium fördert ihre Arbeit und trägt zum Beispiel durch die
216 Servicestelle „Netzwerk Familie stärken“ zu einer stärkeren sozialräumlichen
217 Vernetzung der Angebote vor Ort bei. Rheinland-Pfalz hat als erstes Flächenland
218 eine Ombudsstelle für die Kinder- und Jugendhilfe geschaffen, um Kindern,
219 Jugendlichen und ihren Eltern bei Bedarf niedrigschwellige Beschwerden zu
220 ermöglichen und bei deren Klärung zu vermitteln und zu unterstützen.

221 Familienpolitik ist auch Kinderpolitik. Kinder haben ein Recht auf die
222 bestmögliche Förderung ihrer Entwicklung. Deshalb ist es notwendig, dass
223 Kinderrechte endlich auch im Grundgesetz verankert werden. Kindern und
224 Jugendlichen, die in schwierigen sozialen und familiären Verhältnissen
225 aufwachsen, muss alle erdenkliche Hilfe zur Sicherung ihrer Chancengerechtigkeit
226 zukommen. Schon heute gibt es im Land ein System Früher Hilfen, die lokale und
227 regionale Unterstützungssysteme für Eltern und Kinder bilden und darauf
228 abzielen, Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern und Eltern in Familie und
229 Gesellschaft frühzeitig und nachhaltig zu verbessern. Neben alltagsnaher
230 Unterstützung leisten Frühe Hilfen insbesondere einen Beitrag zur Förderung der
231 Beziehungs- und Erziehungskompetenz von Müttern und Vätern. Damit tragen sie
232 maßgeblich zum gesunden Aufwachsen von Kindern bei und sichern deren Rechte auf
233 Schutz, Förderung und Teilhabe.

234 Für junge Menschen mit besonderen erzieherischen Beeinträchtigungen sind
235 sozialpädagogische Hilfen nötig. Dabei ist Heimunterbringungen wenn irgend
236 möglich zu verzichten. Ambulante Maßnahmen, sozialpädagogische Hilfen und
237 Familienhilfen sowie Tagesfördergruppen sind förderlich für Kinder und Familien
238 sowie kostengünstig und effizient. Wir werden die ambulanten Hilfen gemeinsam
239 mit den Kommunen ausbauen. Zur Abwehr von Gefährdung des Kindeswohls bedarf es
240 auch frühzeitiger präventiver Hilfe in den Familien. Unverzichtbar ist darüber
241 hinaus eine verstärkte Netzwerkarbeit zwischen Jugendämtern, Kindertagesstätten,
242 Schulen, Vereinen und kirchlichen Einrichtungen. Das Monitoring für die Hilfen
243 zur Erziehung ist ein sinnvolles Instrument, um landesweite und kommunale
244 Entwicklungen abzubilden und zu steuern.

245 Auf Bundesebene setzen wir uns für eine umfassende Reform der Kinder- und
246 Jugendhilfen ein. Dabei muss der individuelle Rechtsanspruch auf Hilfen zur
247 Erziehung für alle Kinder und Familien, die hier leben, gestärkt werden.
248 Entscheidend für ein Ende der Hilfe darf nicht der 18. Geburtstag, sondern muss
249 der tatsächliche Bedarf sein. Wir befürworten dabei die „inklusive Lösung. Wir
250 wollen im SGB VII ein einheitliches Rechtssystem für alle Kinder und
251 Jugendlichen verankern, gleich ob sie eine Behinderung haben oder nicht.

252 Kinderarmut bekämpfen

253 Zeit ist Geld, aber ohne Geld hilft Eltern Zeit allein natürlich auch nicht. Wir
254 wollen, dass Familien keine finanziellen Nöte haben müssen. Dass etwa jedes
255 zweite Kind in einem Alleinerziehenden-Haushalt und fast jedes fünfte Kind
256 insgesamt in Armut aufwächst oder davon bedroht, ist ein
257 gesellschaftspolitischer Skandal. Das deutsche Familienfördersystem ist
258 ungerecht und nicht dazu geeignet, Kinderarmut zu verhindern. Kinder sind dem
259 Staat heute unterschiedlich viel wert – so bekommen Besserverdienende über die
260 steuerlichen Freibeträge hinaus am Ende mehr als Menschen mit durchschnittlichen
261 oder geringen Einkommen, die Kindergeld beziehen. Wir wollen nicht mehr die Ehe,
262 sondern Kinder fördern. Daher brauchen Kinder eine einkommensunabhängige
263 Kindergrundsicherung, die jedem Kind das sozio-ökonomische Existenzminimum
264 garantiert. Ein erster Schritt wäre eine Reform des Kinderzuschlags, damit diese
265 Leistung endlich alle Kinder – auch diejenigen, die in armen Familien leben,
266 erhalten.

267 Alleinerziehende und ihre Kinder haben ein eklatantes Armutsrisiko. Wir GRÜNE
268 stehen für eine Politik, die Alleinerziehende unterstützt – eine verlässliche
269 Kinderbetreuung und Arbeitsförderung durch das Land ermöglichen Erwerbsarbeit.
270 Ebenso wichtig sind sichere finanzielle Rahmenbedingungen. Fehlende
271 Lohnzuwächse, zunehmendes Einkommensungleichgewicht, unterbrochene
272 Erwerbsbiographien und das Fehlen einer Basisrente führen zu wachsender
273 Altersarmut. Dies betrifft insbesondere Frauen. Auf Bundesebene setzen wir uns
274 deshalb für eine eigenständige Existenzsicherung von Frauen ein.

275 Wir brauchen insbesondere für Familien ausreichend bezahlbaren Wohnraum. Unser
276 Ziel ist es, in fünf Jahren über 20.000 zusätzliche bezahlbare Wohnungen mit
277 Hilfe des Landes zu schaffen.

278 Mit uns GRÜNEN wurde die Bildung von der Kita bis zur Hochschule in Rheinland-
279 Pfalz gebührenfrei und wird es auch bleiben. Wir sind von gebührenfreier Bildung
280 von den Kindertagesstätten bis zu den Hochschulen überzeugt, während die CDU mit
281 ihren Forderungen nach Gebühren die Familien belasten möchte. Gebührenfreiheit

282 ist für uns auch eine Frage der Gerechtigkeit, denn gerade sozial
283 benachteiligten Familien ermöglichen wir damit den Zugang zu allen
284 Bildungseinrichtungen. Qualifizierung ist der Schlüssel, um sich nicht nur
285 selbst weiterzuentwickeln, sondern auch zu verhindern, dass Armut in die nächste
286 Generation weitergegeben wird. Die Schulsozialarbeit muss auf alle Schularten
287 ausgeweitet und bedarfsgerecht ausgebaut werden.

288 Familienfreundlichkeit im Alltag vor Ort

289 Familien brauchen Unterstützung konkret im Alltag vor Ort. „Lokale Bündnisse für
290 Familien“ sind Vorreiter für eine gelingende Vernetzung und Aktivierung
291 unterschiedlicher familienpolitischer Akteurinnen und Akteure in den Kommunen
292 und sollten flächendeckend gegründet werden. Öffentliche Einrichtungen, wie
293 Schwimmbäder oder Theater, sollen Familientarife anbieten. Das Land soll bei
294 sämtlichen eigenen Veranstaltungen, für die ein Eintritt verlangt wird, einen
295 Familientarif anbieten und die auch bei der Förderung von Veranstaltungen zur
296 Bedingung machen. Land und Kommunen sollen bei öffentlichen Veranstaltungen
297 kostenlose Kinderbetreuung auch während der Sitzungen des Landtags, der
298 Kommunalen Räte und vergleichbarer Gremien anbieten.

Begründung

erfolgt mündlich.

G-1 GRÜNER Wissenstausch: beitragsfrei, partizipativ, GRÜN

Antragsteller*in: Landesvorstand, David Profit (KV Alzey-Worms), Ise Thomas (KV Mainz), Michael Henke (KV Bad Kreuznach), Corinna Ruffer (KV Trier), Daniel Köbler (KV Mainz), Tabea Rößner (KV Mainz), Johannes Wiegel (KV Trier), Katrin Eder (KV Mainz), Tobias Lindner (KV Germersheim), Martina Mann (KV Alzey-Worms), Lukas Hartmann (KV Landau), Andrea Müller-Bohn (KV Mainz-Bingen), Raik Dreher (KV Ludwigshafen), Mandy Rönicke (KV Mainz), Wolf Buchmann (KV Trier), Christian Viering (KV Mainz), Danny Behrendt (KV Landau) Klaus Puchstein (KV Ahrweiler), Anna Neuhofer (KV Altenkirchen), Katrin Donath (KV Altenkirchen), Armin Grau (KV Rheinland-Pfalz), Felix Schmidt (KV Zweibrücken), Misbah Khan (KV Bad Dürkheim), Fabian Ehmman (KV Mainz);

Tagesordnungspunkt: 5. Starke GRÜNE für Rheinland-Pfalz

1 Ausgangspunkt

2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind eine wertegeleitete Partei, die auf der Kreativität,
3 den Kenntnissen und Kompetenzen ihrer Mitglieder sowie auf dem Austausch mit
4 Initiativen, Verbänden, Gruppen der sozialen Bewegungen, Verwaltungen und der
5 Wissenschaft aufbaut. Wir sind eine Partei, die daran glaubt, dass unsere
6 Mitglieder in ihren jeweiligen Mandaten, Ämtern und Positionen im GRÜNEN Sinne
7 Verantwortung übernehmen, Problemlagen fundiert erarbeiten, GRÜNE Politik
8 voranbringen und ihre Erfahrungen, Kompetenzen und ihr Wissen mit anderen
9 teilen. Das hat in den letzten Jahrzehnten so gut geklappt, dass wir gemeinsam
10 mit vielen Menschen die Parteienlandschaft, Kommunen, Rheinland-Pfalz und
11 Deutschland mitverändert haben.

12 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz wollen diese guten Erfahrungen zu einem
13 wichtigen Baustein ihrer eigenen parteiinternen Bildungsarbeit machen. Aufgabe
14 der parteiinternen Bildungsarbeit ist es, den politisch aktiven Mitgliedern und
15 den an der praktischen Politik interessierten Mitgliedern notwendiges Wissen und
16 notwendige Kompetenzen zu vermitteln und ihnen Raum für das eigene Erfahren zu
17 geben. Wir haben viele Mitglieder, die ein für unsere Politik wertvolles Wissen
18 oder eine dafür bedeutsame Kompetenz anderen vermitteln können. Wir haben viele
19 Mitglieder, die dieses Wissen oder diese Kompetenz noch erwerben wollen, um sie
20 in praktische Politik einzubringen. Wir stoßen mit den traditionellen
21 Bildungsformen in Form von Seminaren des Landesverbandes oft an Grenzen. Wir
22 wollen die klassische parteiinterne Bildungsarbeit nun durch das Prinzip des
23 GRÜNEN Wissenstauschs ergänzen.

24 Das wollen wir erreichen

25 GRÜNER Wissenstausch ermöglicht interessierten Mitgliedern nachfrage- und
26 praxisorientiert ihr erworbenes Wissen und Kompetenzen zu teilen bzw. zu
27 erhalten. Das kann in Form von Mentoring (1. Säule), landesweiten Fortbildungen
28 unterschiedlicher Dauer (2. Säule) oder bei Veranstaltungen vor Ort (3. Säule)
29 erfolgen.

30 So wollen wir den GRÜNEN Wissenstausch organisieren

- 31 • Der Landesvorstand benennt einen Koordinationskreis, bestehend aus
32 Verantwortlichen LaVo-Mitgliedern und je einer verantwortlichen Person pro

- 33 Säule. Diese organisieren den Wissenstausch und legen die Spielregeln
34 hierfür fest. Der Koordinationskreis entwickelt Musterformate für das
35 Mentoring bzw. für Fortbildungen und unterstützt Interessierte bei der
36 Konzeption und Organisation der Angebote. Er organisiert die Evaluation.
37 Er soll Kooperationen mit Organisationen in der GRÜNEN Bewegung eingehen.
- 38 • Auf der Internetseite des Landesverbandes wird ein Pool für Mentor*innen
39 bzw. Fortbildungsreferent*innen aufgebaut. In jeder Säule werden die
40 Angebote transparent dargestellt. Es wird in weiterer geeigneter Weise
41 hierauf transparent hingewiesen.
 - 42 • Der Landesverband und die Kreisverbände werden gebeten, für die Angebote
43 ihre Geschäftsstellen als Schulungsräume zur Verfügung zu stellen.
 - 44 • Die Teilnehmenden tragen ihre Kosten selbst. Bei Angeboten vor Ort sollen
45 die „Besteller*innen“ die Fahrtkosten des/der Referent*in tragen.
 - 46 • Um den grünen Wissenstausch auch mittelfristig facettenreich und solide
47 organisieren zu können, erarbeitet der Koordinationskreis Vorschläge, wie
48 sich professionelle Unterstützung oder längerfristige Angebote
49 insbesondere bei den begleiteten Mentoringangeboten finanziell absichern
50 lassen. Dies könnten z.B. zweckgebundene Spenden oder ähnliche
51 Unterstützungsangebote sein.

Begründung

Umsetzung eines beim GRÜNEN Kongress diskutierten Projekts.

TO-1 Tagesordnung

Antragsteller*in: Landesvorstand

Tagesordnungspunkt: 1. Begrüßung, Formalia

- 1 Samstag, 11. November 2017, Beginn: 11:00 Uhr
- 2 TOP 1 Begrüßung und Formalia
- 3 TOP 2 Aktuelle Politische Lage
- 4 • Aussprache zur Bundestagswahl
- 5 • Aussprache zur aktuellen Lage in Rheinland-Pfalz
- 6 TOP 3 Familienpolitik
- 7 FA-1 "Die Zukunft des Landes familiengerecht gestalten"
- 8 TOP 4 Finanzen
- 9 Haushaltsüberwachung 2017
- 10 • Soll/Ist-Vergleich 2017
- 11 • Erläuterungen zur Haushaltsüberwachung
- 12 Haushalt 2018
- 13 • H-1 Plan Haushalt 2018
- 14 • Mittelfristige Finanzplanung bis 2022
- 15 • Erläuterungen zum Haushalt 2018
- 16 TOP 5 Starke GRÜNE für Rheinland-Pfalz
- 17 G-1 "GRÜNER Wissenstausch: beitragsfrei, partizipativ, GRÜN"
- 18 Sonntag, 12. November 2017, Beginn: 10:30 Uhr
- 19 TOP 6 Gesundes Essen
- 20 E-1 "Nachhaltige und gesunde Ernährung sind so gefragt wie noch nie"
- 21 TOP 7 Nachwahlen Bundesgremien und Landesschiedsgericht
- 22 • Nachwahl Länderrat
- 23 • Nachwahl Bundesfinanzrat
- 24 • Nachwahl Ersatz-Beisitzer/innen Landesschiedsgericht
- 25 TOP 8 Anträge
- 26 A-1 "Staus vermeiden, Lärm und - Schadstoffe reduzieren, Gesundheit schützen,
27 Stadtraum besser nutzen: Verkehrswende für Rheinland-Pfalz jetzt!"
- 28 A-2 "BAföG-Höchstsatz für Kurzzeitpraktikant*innen"

- 29 A-3 "Europäische Bürgerinitiative nutzen"
- 30 A-4 "Verkehrswende in Rheinland-Pfalz jetzt! - Moselaufstieg verhindern"
- 31 TOP 9 Verschiedenes

Begründung

erfolgt mündlich